

ein Zurückgehen der Arbeitslosenfälle in den mittleren Vierteljahre, bei der Gruppe Arbeitslosentage eine gleichzeitige Verschiebung der Zahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise. Die Verhältniszahlen zeigen eine fortwährende Besserung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres. Eine Verschlechterung, wenn auch nicht groß, tritt im letzten Vierteljahr 1912 ein. Auffallend ist beim „Christlichen“ Metallarbeiterverband die kontinuierliche Steigerung der Arbeitslosentage und noch mehr der Arbeitslosentage im vierten Quartal 1912. Dieses abnorme Verhältnis kommt auch in den Verhältniszahlen zum Ausdruck. Dabei zeigt ein Vergleich mit den weiter unten folgenden Zusammenstellungen, daß die Steigerung ausschließlich im Monat Dezember erfolgte. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 806 im November auf 1397 im Dezember 1912. Die Ursachen dieser Erscheinung können natürlich nicht in besonders abnormen Wirtschaftsverhältnissen gesucht werden, denn Vergleiche mit anderen Organisationen ergeben keine solche bedeutende Verschlechterung derselben. Im Gegenteil zeigt ein solcher Vergleich, daß gerade der „Christliche“ Verband die günstigsten Verhältniszahlen in den anderen Perioden aufweist. Ob man im Zentralmetallarbeiterverband nicht etwa den ausgedehnten christlichorganisierten Wendener Metallarbeitern nur Arbeitslosenunterstützung bezahlt? Eine auffallende Erscheinung sind auch die hohen Verhältniszahlen der Berufsorganisationen der Schmiede und Kupferschmiede.

Die Berichte aller Organisationen der Metallarbeiter ergeben folgendes Bild der vierteljährlichen Arbeitslosigkeit:

1. Quartal	Arbeitslosentage		Som Hundert der Mitglieder waren arbeitslos im Vierteljahr
	insgesamt	am Ort auf der Reise	
1. Quartal	88985	590572	8818
2. "	88862	481402	124767
3. "	88099	488500	118501
4. "	86887	588750	64229

In den folgenden Tabellen sind die Zahlen über die unterstützten Personen, die Unterstützungstage und Unterstützungssummen mit den entsprechenden Verhältniszahlen zusammengestellt. Im Gegensatz zu der vorausgegangenen Zusammenstellung sind aber hier nur die Zahlen über die Arbeitslosigkeit am Ort berücksichtigt, also die Ergebnisse der Reiseunterstützung weggelassen. Bei Bearbeitung dieses Teils der Zusammenstellung hat sich ergeben, daß die Endresultate durch diese Ausmerzung gewinnen. Es beträgt die Zahl der

1. Quartal	Unterstützte Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Quartal	21713	460910	21,2	506446	23,39	1,10
2. "	23169	368294	15,9	393050	16,98	1,07
3. "	17663	300745	17,1	392570	18,94	1,11
4. "	21098	418065	19,8	447602	21,21	1,07
Zusammen	83549	1548004	18,5	1679568	20,10	1,09
Dagegen 1911	76330	1468222	19,2	1608732	21,01	1,10
1910	65707	1819264	20,8	1508202	22,87	1,14

1. Vierteljahr	Unterstützte Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Vierteljahr	644	9585	14,9	14777	22,94	1,54
2. "	829	8442	10,2	18500	16,28	1,60
3. "	459	6208	19,5	10117	22,04	1,63
4. "	—	—	—	—	—	—
Zusammen	1932	24285	12,5	33394	19,37	1,59
Dagegen 1911	2238	30964	18,9	47867	21,48	1,55
1910	2959	39513	19,4	63778	19,86	1,49

1. Vierteljahr	Unterstützte Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Vierteljahr	190	2712	14,8	4163	21,90	1,53
2. "	248	3651	15,0	5727	23,56	1,57
3. "	181	2206	12,2	3178	17,54	1,44
4. "	219	2794	12,8	3968	18,11	1,42
Zusammen	838	11363	13,6	17034	20,45	1,51
Dagegen 1911	872	12173	14,0	18140	20,80	1,49
1910	1101	17486	15,8	25679	23,32	1,47

1. Vierteljahr	Unterstützte Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Vierteljahr	1126	16223	17,6	19709	17,52	1,00
2. "	769	13829	18,0	24166	31,41	1,75
3. "	775	12481	16,1	22583	29,14	1,81
4. "	671	11796	17,6	22055	32,87	1,87
Zusammen	3341	54329	16,8	68503	26,51	1,63
Dagegen 1911	3034	47169	15,5	77040	25,31	1,63
1910	3500	59524	17,0	92645	26,47	1,56

1. Vierteljahr	Unterstützte Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Vierteljahr	758	13647	18,0	15098	19,92	1,11
2. "	458	7522	15,6	8402	17,30	1,11
3. "	688	8680	18,6	10774	16,88	1,24
4. "	1615	50102	31,0	68156	42,20	1,86
Zusammen	3499	79951	22,9	102430	29,81	1,27
Dagegen 1911	1267	26638	14,1	32208	17,25	1,21
1910	1717	32480	18,9	41710	24,29	1,28

Bei zusammenfassender Durchsicht der einzelnen Resultate ergeben sich aus diesen Zusammenstellungen außer interessante Erscheinungen. Die Gesamtzahlen entsprechen dem, was bereits zu der ersten Gegenüberstellung gesagt werden ist. Untersucht man aber die Durchschnittszahlen, so findet man, daß, abgesehen von den anormalen Verhältniszahlen beim „Christlichen“ Metallarbeiterverband, die durchschnittliche Arbeitslosigkeit pro Person mit 21,2 Tagen am längsten war beim Deutschen Metallarbeiterverband im ersten Quartal 1912. Das gleiche trifft auf das dritte und vierte Vierteljahr zu, auch das Gesamtresultat ist ähnlich. Dieses Bild ändert sich aber ganz erheblich bei den Durchschnittszahlen über die Unterstützungsbeträge, sowohl pro Person im ganzen als pro Tag im einzelnen. Im ersten Quartal ist der durchschnittliche Aufwand pro Person noch am größten beim Deutschen Metallarbeiterverband mit 23,33 M. Das wird aber anders im zweiten, dritten und vierten Quartal, in denen die meilands größten durchschnittlichen Aufwendungen vom Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter gemacht werden. Auch hier stehen wir dem Zentralmetallarbeiterverband aus den bereits angeführten Ursachen aus. Man findet bei seinem Ergebnis noch viel mehr, daß es im vierten Quartal nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann. Sieht man sich die Durchschnittsbeträge, die täglich pro Person gezahlt wurden, an, so findet man, daß in den einzelnen Quartalen sowohl wie im Jahresdurchschnitt der Deutsche Metallarbeiterverband die niedrigsten Zahlen aufweist. Bedeutend höher sind die Durchschnittszahlen beim Schmiede- und beim Kupferschmiedeverband, während die Ergebnisse beim Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ganz abnorme sind. Die nach den angeführten Zahlen durchschnittlich herausgerechneten Unterstützungstage pro Arbeitslosentage differieren zwischen 1 M. und 1,87 M. in den einzelnen Quartalen. Das diese angegebenen Zahlen nicht stimmen können, liegt auf der Hand. Dies beweisen einmal

die Unterschiede zwischen dem ersten und den drei nachfolgenden Quartalen und dann schon die Tatsache, daß in dieser Organisation der höchste Unterstützungsbetrag pro Tag nach dem Statut nur 1,75 M. betragen kann. Die Ursachen dieser Erscheinung liegen in der äußerst mangelhaften Berichterstattung des Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Nach den vierteljährlichen statistischen Zusammenstellungen ergibt sich aus der Berichterstattung dieser Organisation folgendes: Es betrug die

1. Quartal	Mitgliederzahl	Mitglieder, über die berichtet wurde	Differenz
1. Quartal	45196	45196	—
2. "	44940	30882	14108
3. "	44384	27860	17024
4. "	44738	27054	17684

Vergleicht man nunmehr diese Zahlen mit denen der vorausgegangenen Tabelle, dann findet man, daß im ersten Quartal die Berichterstattung normal war und dementsprechend auch das Ergebnis der statistischen Bearbeitung. Ein Gehelmtis der Herren Generalräte des Gewerbevereins bleibt es dagegen immer noch, warum in den anderen Quartalen einer erheblich geringeren Zahl von unterstützten Personen höhere Unterstützungsbeträge bezahlt wurden.

Stellt man die Einzelergebnisse der Organisationen für jedes Vierteljahr zusammen, so erhält man nachstehende vierteljährliche Gesamtresultate:

1. Quartal	Zahl der unterstützten Personen		Unterstützungstage		Unterstützungssummen	
	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort	insgesamt	am Ort
1. Quartal	24430	505077	20,6	560198	22,93	1,11
2. "	25493	401728	15,8	444835	17,45	1,10
3. "	19616	330320	16,8	379220	19,33	1,15
4. "	23603	482757	20,5	541681	22,95	1,12
Zusammen	93142	1717882	18,4	1925929	20,68	1,13

Die Verarbeitung des erhaltenen Materials nach dem Stand der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Landesstellen hatte folgendes Ergebnis. Es waren arbeitslos vom Hundert der Mitglieder im Monat März 1912 im:

Landesgebiete	Deutscher Metallarbeiterverband		Schmiedeverband		Kupferschmiedeverband		Gewerbeverein der Maschinenbauer	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Ost-, Westpreußen, Pommern	2,1	2,3	2,2	0,9	—	—	—	—
Berlin, Brandenburg	2,7	3,5	3,3	2,4	—	—	—	—
Posen, Schlesien	1,6	1,1	—	0,8	—	—	—	—
Provinz Sachsen, Anhalt	1,1	0,4	—	0,5	—	—	—	—
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	1,8	0,8	1,3	1,1	—	—	—	—
Hannover, Oldenburg	1,1	0,6	1,0	0,8	—	—	—	—
Westfalen	0,5	0,9	—	0,4	—	—	—	—
Rheinland	0,6	0,4	—	0,3	—	—	—	—
Groß-, Kleinf. und Hesse-Nassau	1,0	0,4	—	1,8	—	—	—	—
Bayern rechts des Rheins	1,3	1,5	1,5	1,4	—	—	—	—
Königr. Sachsen, Thür. Staaten	0,7	0,8	2,0	0,4	—	—	—	—
Württemberg, Baden	0,7	0,4	0,5	0,8	—	—	—	—
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,0	—	—	0,5	—	—	—	—
Im Reichsdurchschnitt	1,3	1,4	1,9	0,9	—	—	—	—

Im Monat Juni waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	D. Metallarbeiterverband		Schmiedeverband		Kupferschmiedeverband		Gewerbeverein	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Ost-, Westpreußen, Pommern	1,2	0,8	0,6	1,8	1,1	1,1	0,4	1,1
Berlin und Brandenburg	2,6	3,2	3,3	2,3	4,7	2,8	2,0	2,5
Posen und Schlesien	1,4	1,2	1,2	0,9	6,0	—	0,8	1,0
Provinz Sachsen und Anhalt	1,0	0,9	0,7	1,5	8,1	6,5	0,8	0,8
Schlesw.-H., Meckl., Lübeck, Hambg.	1,7	1,9	1,2	1,0	8,1	3,0	0,3	0,5
Hannov., Oldemb., Braunschw., Brem.	1,8	1,1	1,0	1,1	0,5	2,0	1,9	1,4
Westfalen und Lippe	0,8	0,7	0,6	2,5	—	—	0,7	0,3
Rheinprovinz und Hirtensfeld	0,8	0,8	1,4	0,4	—	—	0,3	0,3
Hesse-Nass., Groß-, Kleinf., Waldeck	0,9	0,8	0,2	0,9	—	—	—	5,0
Bayern	1,1	0,8	1,5	0,3	1,8	2,9	0,4	0,8
Königr. Sachsen u. Thüring. Staaten	0,9	0,8	1,1	0,9	2,4	2,8	1,2	0,6
Württemberg und Baden	0,8	0,4	0,1	0,4	1,0	0,6	1,5	0,9
Elb-Lothringen und Pfalz	1,1	0,8	1,0	—	—	—	—	0,6
Im Reichsdurchschnitt	1,3	1,3	1,5	1,3	2,5	2,7	0,9	1,0

Im Monat September waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	D. Metallarbeiterverband		Schmiedeverband		Kupferschmiedeverband		Gewerbeverein	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Ost-, Westpreußen, Pommern	0,9	1,3	1,6	1,8	0,3	0,6	—	—
Berlin, Brandenburg	2,4	2,3	1,2	1,0	1,5	1,8	—	—
Posen, Schlesien	1,2	0,8	1,7	0,5	8,2	2,5	—	—
Provinz Sachsen, Anhalt	1,0	1,3	0,7	0,9	0,4	1,0	—	—
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	1,9	1,6	2,6	1,5	0,9	1,7	—	—
Hannover, Oldenburg	1,0	1,2	—	2,1	1,2	1,2	—	—
Westfalen	0,8	1,0	—	—	0,2	0,4	—	—
Rheinland	0,7	0,9	—	—	0,2	0,2	—	—
Groß-, Kleinf. und Hesse-Nassau	0,7	1,0	—	—	—	0,9	—	—
Bayern rechts des Rheins	1,3	1,0	1,4	1,0	1,1	0,8	—	—
Königr. Sachsen, Thür. Staaten	0,9	0,9	1,0	1,7	0,7	0,4	—	—
Württemberg, Baden	0,5	0,5	0,8	0,3	0,4	0,4	—	—
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,0	0,7	—	—	0,5	0,8	—	—
Im Reichsdurchschnitt	1,3	1,2	1,2	1,3	0,6	1,1	—	—

Im Monat Dezember waren vom Hundert der Mitglieder arbeitslos im:

Landesgebiete	D. Metallarbeiterverband		Schmiedeverband		Kupferschmiedeverband		Gewerbeverein	
	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911
Ost-, Westpreußen, Pommern	2,0	2,5	1,1	1,0	1,1	0,9	—	—
Berlin, Brandenburg	4,5	2,4	8,2	2,5	3,0	1,7	—	—
Posen, Schlesien	3,3	1,8	4,6	2,7	0,5	1,0	—	—
Provinz Sachsen, Anhalt	1,7	1,7	5,8	2,7	1,0	1,2	—	—
Schleswig-Holstein, Mecklenburg	2,0	1,8	1,8	2,8	0,8	1,1	—	—
Hannover, Oldenburg	1,3	1,4	1,8	1,2	0,9	1,0	—	—
Westfalen	0,7	0,5	—	—	0,2	0,4	—	—
Rheinland	0,9	0,8	—	—	0,3	0,2	—	—
Groß-, Kleinf. und Hesse-Nassau	1,0	1,0	—	—	0,3	1,4	—	—
Bayern rechts des Rheins	3,2	1,6	3,2	0,6	0,9	1,1	—	—
Königr. Sachsen, Thür. Staaten	1,5	0,9	2,2	2,6	1,8	0,8	—	—
Württemberg, Baden	0,7	0,6	0,5	1,1	0,9	0,3	—	—
Elb-Lothringen, Rheinpfalz	1,7	1,3	—	—	0,4	0,3	—	—
Im Reichsdurchschnitt	2,1	1,4	3,4	2,0	1,1	0,9	—	—

Bei diesen Zusammenstellungen ist zunächst zu bemerken, daß die Verhältniszahlen nur für die Landesstellen berechnet wurden, in denen die Verbände mehr als 200 Mitglieder haben. Der „Christliche“ Metallarbeiterverband ist an der Berichterstattung nicht beteiligt. Die Zahlen beziehen sich auf die Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise. Zu dem Ergebnis selbst ist wenig zu sagen, da bei ungenügender Vergleichung die hervorstechenden Merkmale

augenfällig sind. So zeigt sich bei allen Organisationen die hohe Prozentzahl der Arbeitslosen in Berlin und Brandenburg. Ferner beschäftigt sich auch hier die bereits konstatierte merkliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Monat Dezember gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres in ihrem Endergebnis bei allen Organisationen.

Zum Sch

Sofort wurde nun auch der Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der auch zugleich Mitglied des Arbeiterausschusses bei der Firma Tesche ist, verständigt, mit den übrigen Arbeiterausschussmitgliedern bei der Firma Tesche vorstellig zu werden, um die Zurückziehung der Streikarbeit zu verlangen. Der betreffende Vertrauensmann befolgte die Anweisung und verständigte die übrigen Mitglieder des Arbeiterausschusses, darunter auch den Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, Lesarth. Das christliche Mitglied des Arbeiterausschusses lehnte es aber ab, mit vorstellig zu werden.

Als von der Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dieserhalb bei der christlichen Leitung angefragt wurde, erklärte deren Geschäftsführer Wef, ihr Mitglied sei deshalb nicht vorstellig geworden, weil kein offizieller Beschluß der Betriebsversammlung vorliegt. Daraufhin wurde sofort vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Betriebsbesprechung anberaumt, um einen beratigen Beschluß herbeizuführen. Wer aber zu dieser Versammlung nicht erschienen, sondern ruhig nach Hause ging, war das christliche Mitglied des Arbeiterausschusses.

Bei der Eröffnung der Versammlung wies der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Josef Ernst, darauf hin, daß im Interesse der ausgesperrten Mendener Metallarbeiter die Streikarbeit unter allen Umständen vorzuziehen sei, nur mache das Verhalten des christlichen Vertrauensmannes die Sache schwierig; derselbe habe erklärt, er würde nicht vorstellig sein, seine Verbandsleitung habe ihm gesagt, er solle die Verhandlung nur allein vorstellig werden lassen. Der Vertreter der Christlichen, Herr Wef, erklärte, daß die Behauptung ihres Vertrauensmannes nicht richtig sei, selbstverständlich müsse ihr Mitglied mit vorstellig werden. Nun wurde durch Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes festgestellt, daß Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes dem christlichen Vertrauensmann und Arbeiterausschussmitglied Lesarth bereits vor Weihnachten mitgeteilt haben, daß anseiner Streikarbeit im Betrieb sei, er möge sich einmal darum kümmern. Lesarth habe ihnen aber seit der Zeit nichts mehr von der Sache gesagt. Als Kollege Josef Ernst darauf hinwies, Lesarth hätte dieses sofort seiner Organisation melden müssen, erklärte der Vertreter des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, das sei auch geschah, es habe sich nur nicht einwandsfrei feststellen lassen, ob die Artikel Streikarbeit seien.

Als innerhalb drei Monaten hat der christliche Metallarbeiter-Verband angeblich nicht feststellen können, ob die Arbeit, die bei der Firma Tesche in Hagen für die Firma Schmöle & Co. angefertigt wird, Streikarbeit ist, obwohl die Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Christlichen darauf aufmerksam machten und zu Recherchen aufforderten.

Die Versammlung beschloß trotz dem Verhalten der Christlichen einstimmig, am andern Tag den Arbeiterausschuß vorstellig zu werden zu lassen, um von der Firma die Zurückziehung der Streikarbeit zu verlangen. Sollte das christliche Mitglied des Arbeiterausschusses sich abermals weigern, mit vorstellig zu werden, sollte ohne das selbe vorgegangen werden.

Am andern Tag wurde der Ausschuß vorstellig. Der Christliche war zu guter Letzt mitgegangen. Die Firma Tesche erklärte dem Ausschuß, die Arbeit, die jetzt angefertigt würde, sei keine Streikarbeit. Die kleineren Artikel, die als Streikarbeit in Frage kämen, seien nicht mehr im Betrieb, da daran nichts zu verdienen sei.

Nach dieser Erklärung wurde abermals eine Fabrikbesprechung abgehalten, um zu der Antwort der Firma Stellung zu nehmen. Der Vertreter der „Christlichen“, Herr Wef, teilte in dieser Versammlung mit, welche Artikel als direkte Streikarbeit in Frage kämen. Da die anwesenden Geschäftsmänner nur die Kommissionennummern der Artikel kannten, konnte auch in dieser zweiten Versammlung über einen Artikel, der nur als Streikarbeit in Frage kommen konnte, keine Klarheit geschaffen werden. Der Vertreter des christlichen Verbandes versprach, sich zu informieren und dann den beteiligten Organisationen Mitteilung zu geben zu lassen. Da das Verhalten der Christlichen aber während dieser ganzen Affäre recht eigenartig war, wandte sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband noch am gleichen Tage schriftlich an den christlichen Metallarbeiter-Verband:

An den Christlichen Metallarbeiter-Verband, Herrn Wilhelm Wef, Hagen i. W.

In zwei Betriebsversammlungen der Firma Tesche haben wir uns mit der Streikarbeit für die Firma Schmöle & Co. befaßt. Wie Sie selber wissen, ließ sich auch in der letzten Betriebsversammlung nicht feststellen, ob die in Frage kommende Arbeit als Streikarbeit zu betrachten ist. Sie erklärten Unterzeichnetem, Information über die Arbeit einzuholen.

Ich möchte nun im Interesse einer schnellen Abwicklung erfragen, inwieweit die streikenden Schmiede zusammenzurufen und im Beisein eines Vertreters unserer Organisation die Sache zu klären.

Da wir in Mendon in der Streikleitung nicht vertreten sind, werden Sie unseren Wunsch verständlich finden. Wir möchten uns an Ort und Stelle selbst informieren, ob unsere Mitglieder Streikarbeit machen und ob die Arbeit bei Tesche deshalb niedergelegt werden muß.

Nach drei Tagen ging dem Deutschen Metallarbeiter-Verband folgende Antwort zu:

An den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu Händen des Herrn Ernst, Hagen i. W.

Nach Anfrage bei unserer Verwaltungsstelle Mendon dürfte es sich bei den Kommissionen, welche zurzeit bei der Firma Tesche für die bestrickte Firma Schmöle & Co. in Arbeit sind, nicht um Streikarbeit handeln. Es ist daher auch zwecklos, eine besondere Sitzung in Mendon abzuhalten.

W. Wef.

Also die bei der Firma Tesche in Hagen angefertigte Arbeit ist nach Angabe der Christlichen keine Streikarbeit. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband muß das glauben, da ihm die Gelegenheiten fehlt, die Angaben der Christlichen nach zu prüfen.

Das Verhalten der Christlichen bei dieser Angelegenheit ist aber mehr als seltsam. Vor drei Monaten wurden sie schon vom Deutschen Metallarbeiter-Verband auf eventuelle Streikarbeit hingewiesen. Obwohl die Artikel genannt wurden, konnten die Christlichen drei Monate lang nicht feststellen, ob die Arbeit Streikarbeit war. Heute steht fest, daß in der damaligen Zeit wirklich Streikarbeit im Betrieb war und daß die Christlichen auch nicht das geringste dagegen unternahmen. Eventuell zu sagen, der Deutsche Metallarbeiter-Verband würde sich nicht solidarisieren erklären, geht schließlich an, denn die Christlichen werden trotz aller Schwänke nicht bestraft können, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband sofort alles tat, um Streikarbeit zu verhindern, nachdem die „Christlichen“ ihm Mitteilung machten.

Daß bei einem derartigen Vorgehen der „Christlichen“ die Sache in Mendon auf dem alten Fied steht, ist verständlich. Denn wenn es der bestrickten Firma gelingt, ihre Arbeit in anderen Betrieben herstellen zu lassen, kann sie mit Ruhe dem Ende entgegengehen. Die Mendener Metallarbeiter sind zu bedauern, die derartigen „Führern“ in die Hände fallen.

Dieser erste große Kampf des christlichen Metallarbeiterverbandes zeigt ihn im wahren Lichte. Es gehört zu einem solchen Kampfe eben mehr, als das Maul aufzureißen und zu schimpfen.

Die Verhältnisse der Arbeiter auf den Reichswerften.

Nebe des Abgeordneten Alvin Brandes in der Sitzung des Deutschen Reichstags am 3. März 1913 bei dem Kapitel 80: Instandhaltung der Flotte und der Werften, Titel 1.

Brandes: Meine Herren, es handelt sich bei diesem Kapitel um große Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Es ist mir durchaus verständlich, daß es dem Herrn vom Reichsmarineamt nicht gerade angenehm sein kann, wenn hier jedes Jahr an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieser großen Schicht von Arbeitern und Angestellten Kritik geübt wird. Doch muß ich sagen, daß ich im höchsten Grade überrascht über die Antwort war, die ich hier im vorigen Jahre bekam, als gleichfalls scharfe Kritik geübt werden mußte. Herr Geheimrat Harms hat im vorigen Jahre Tatsachen dadurch zu beseitigen versucht, daß er sie einfach bestritt — ein Verfahren, das sehr einfach sein mag, das aber zur Beseitigung der vielen berechtigten Klagen und Beschwerden nicht beitragen wird. Nun hat die Eile, mit der im vorigen Jahre hier der Marineetat behandelt wurde — es sind ja nur wenige Stunden darauf verwendet worden —, mir nicht die Möglichkeit gegeben, sofort antworten zu können. Ich werde also aller Wahrscheinlichkeit nach einige von den Sachen, die ich bereits im vorigen Jahre hier behandelt habe, heute wieder mit in die Erörterung ziehen. Das eine möchte ich vorausschicken: was ich vorgebracht habe, waren keine perfider Roggengeschichten, im Gegenteil, ich habe mich peinlichst genau davon überzeugt, daß das, was ich sagte, auch richtig war; meine Gewährsmänner waren sich voll und ganz der Verantwortung bewußt, die sie trugen, wenn sie mir Material und Mitteilungen zukommen ließen, die ich von dieser Stelle der Öffentlichkeit übergeben wollte. Ich muß deshalb für dieses Jahr verlangen, daß tatsächlich bestehende Verhältnisse nicht wieder bestritten, sondern untersucht und beseitigt werden.

Die Budgetkommission hat sich in diesem Jahre bereits mit den Fragen der Arbeitsverhältnisse beschäftigt, etwas mehr, als es im vorigen Jahre der Fall gewesen ist. Wir haben insbesondere eine lange Verhandlung über die Bestimmungen der Arbeitsordnung gehabt, und ich halte mich für verpflichtet, darauf einzugehen, da ja von Seiten der Rechten Widerspruch gegen den Beschluß erhoben worden ist, der in der Budgetkommission gefaßt wurde. Es heißt in § 1e der Arbeitsordnung:

„Sie — also die einzustellenden Arbeiter — dürfen nicht sozialdemokratische Agitatoren oder sonstige Personen sein, von denen vorausgesetzt werden darf, daß sie den Frieden zwischen der Behörde und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander stören wollen.“ Das ist eine Bestimmung, mit der ich jeden hängen kann, den ich hängen will. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In § 2 Absatz 1 heißt es: Während der ersten vier Wochen ist die Einstellung nur eine vorläufige, und wird diese Zeit benutzt, die persönlichen Verhältnisse des Arbeiters und seine Leistungsfähigkeit sorgfältig zu prüfen.“ Dann heißt es weiter: „In den ersten vier Wochen kann der Arbeiter ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigung wieder entlassen werden.“

Nun gestehe ich von vornherein zu — darüber will ich gar keinen Zweifel lassen —, daß ich den Werkverwaltungen das Recht einräume, zu prüfen, ob der Betreffende leistungsfähig ist, und daß sie, wenn er es nicht ist, die Konsequenzen zieht. Dagegen sind die übrigen Bestimmungen in § 1e und § 2 Absatz 1 eine politische Bedrohung, deren Recht ich den Staatsbehörden bestreiten muß. Diese Bestimmungen sind aber auch völlig unlogisch, aus Gründen, die meine Parteifreunde schon angeführt haben. Auf den Schiffen sind, soweit qualifizierte Arbeiter in Frage kommen, an den wichtigsten Punkten Sozialdemokraten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter tätig. Wenn Sie diese beseitigen wollen, so können Sie die Schiffe auf die Hafenfrachtschiffe hinstellen. Wenn Sie die bezeichneten Arbeiter aber an diesen wichtigen Stellen lassen müssen, dann ist es doch hübscher Unfug, wenn in der Arbeitsordnung ausgesprochen wird, daß dieselben Arbeiter auf dem Lande als staatsgefährlich beseitigt werden sollen. Man kann mit solchen Mitteln eine Bewegung, die von 4 1/2 Millionen wahlfähigen Männern getragen wird, nicht beseitigen.

Nun führen die angezogenen Bestimmungen zu den berüchtigten Verleumdungen und Denunziationen. Die Arbeiter werden entlassen, ohne daß sie wissen, warum. Ich kenne eine geheime Verfügung, in der es heißt, daß es immer sehr vorkommt, daß die unteren Vorgesetzten, Werkmeister, Werkführer etc., den Arbeitern gegenüber in ihren Werksungen nicht vorichtig sind, und es wird versucht, dieselben erneut auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen; nicht gestattet ist es auf Grund der vorhin genannten Paragraphen, den Arbeitern, die innerhalb der ersten vier Wochen entlassen werden, die Gründe zu sagen, auch wenn ihre Arbeitsleistungen durchaus zufriedenstellende sind. Nur selten fällt es der Zufall, daß ein solcher entlassener Mann Kenntnis davon erhält, worin ihn denunziert hat.

Den Fällen, die ich mir im vorigen Jahre erlaubt habe vorzutragen, möchte ich heute einen neuen hinzufügen. Es ist im Juni 1912 ein Arbeiter bei der Torpedowerkstatt in Friedrichsort eingestellter, aber während der Probezeit plötzlich wieder entlassen worden. Auf seine Frage, aus welchem Grunde dies geschehen sei, wurde ihm von dem Werkstatts- und Bezirksvorstand gesagt, an seiner Arbeit sei nichts auszusetzen, den Entlassungsgrund könne er ihm aber nicht angeben. Auf sein weiteres Drängen ist ihm dann gesagt worden, er möchte nach der Arbeiterreinstellung gehen. Dort ist ihm gleichfalls die Auskunft verweigert worden, und darauf hat er sich an den Direktor gemeldet. Der stellvertretende Direktor hat ihm die Ursache seiner Entlassung gesagt, nämlich, daß die Torpedoverwaltung an den Gemeindevorsteher in Ohlau geschrieben und um Auskunft gebeten habe, ob gegen den eingestellten Mann politisch etwas vorläge, insbesondere auch, ob er als politischer Agitator oder als eine Person bekannt sei, von der vorausgesetzt werden dürfe, daß sie den Frieden zwischen den Behörden und den Arbeitern oder den Arbeitern untereinander störe. Die Antwort dieses Gemeindevorstehers lautete:

„An die Torpedowerkstatt schriftlich zurück mit dem ergebenden Vermerk, daß der betreffende Arbeiter vor und bei der letzten Reichstagswahl sich in hohem Grade als sozialdemokratischer Agitator betätigt hat.“

Diese Auskunft ist dem Mann vorgelesen worden. Dadurch bekam er die Möglichkeit, nachzuweisen, daß gar keine Rede davon sei, denn er sei zu jener Zeit und noch monatelang später auf der Bahn beschäftigt gewesen. Wenn er auch nur den Anschein einer solchen Agitation hätte laut werden lassen, wäre er natürlich sofort herausgeschoben. Also das konnte nicht richtig sein. Aber er gibt nun auch dem Direktor den Grund an für die falsche Auskunft, nachdem er diese gelesen hatte. Er sagte: der Gemeindevorsteher ist der Nachbar meines Vaters und meines Bruders, mit beiden steht der Gemeindevorsteher in persönlichen Streit, und um Rache zu nehmen an Vater und Bruder, ist diese Auskunft an die Torpedoverwaltung in Friedrichsort erfolgt, die ihn arbeitslos machte. (Wutruf links.) Darauf hat der Stellvertreter des Torpedodirektors, der Kapitän Werler, dem Manne erklärt: gehen Sie zum Ortsvorsteher und lassen Sie sich bescheinigen, daß es richtig ist, was Sie gesagt haben; vorläufig bleiben Sie entlassen.

Das ist doch eine geradezu beschämende Behandlung von Arbeitern (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und ich bin überzeugt, daß es unter den Beamten, die auf Grund der Arbeitsordnung so vorgehen müssen, ein gut Teil gibt, die das Unwiderlegliche einer solchen Handlungsweise einsehen. Braucht die Verwaltung ein Attest, dann mag sie den Mann selbst beauftragen, sich ein Attest zu verschaffen. Ich habe schon in der Budgetkommission auf Firmen hingewiesen, die das so machen, und die, wenn ein Mann längere Zeit außer Arbeit gewesen ist, von ihm verlangen, daß er sich ausweisen soll, daß er nicht etwa in der Zwischenzeit im Wachstum gewesen ist. Er geht nach der Postzeit, läßt sich ein Zeugnis aus-

stellen und bringt es. Das ist das Neueste, was die Marineverwaltung verlangen kann. Dann wird sich die Postzeitbehörde, die Auskunft gibt, schwer hüten, etwas hinzuzuschreiben, was die Tatsachen nicht entspricht. Wir müssen verlangen, daß die Marineverwaltung in der gleichen Weise vorgeht, damit Handlungen unterbleiben, wie sie im vorstehenden Falle wieder nachgeholt werden konnten.

Wie sich die Leute in den Staatsbetrieben zu verhalten haben, ersehen wir aus § 3 der Arbeitsordnung. Die Mitglieder der Budgetkommission haben alle ein Exemplar der Arbeitsordnung bekommen und überzeugt sich davon, daß das in der Tat genau das die Marineverwaltung damit auskommen muß. Wenn die Kommission auch unseren Antrag nicht angenommen, sondern etwas mildere Form gewählt hat, so nehme ich doch an, daß das Beschämende des ganzen Verhaltens in dieser Arbeiterfrage gesehen und deswegen wenigstens dem Zentrumsantrag zugestimmt hätte.

Wir verlangen für die Arbeiter das gleiche Recht, was die höheren Marinebeamten für sich in Anspruch nehmen. Der Herr Kollege Kraemer von der konservativen Fraktion sagte in seiner omläufigen Rede am Sonnabend, daß politische Agitatoren der Unterfraktion der Partei nicht in Staatsbetriebe hineingehören, fügte hinzu, daß sozialdemokratische Agitatoren auch nicht in die Reichslager gehören. Ich fühle ihm das nach. Er hat wohl alles sicher nichts dagegen, daß zum Beispiel der als Professor aus dem großen Werkstoffprozeß bekannte jetzige Marineintendanturrat Frey mit noch vier anderen höheren Marinebeamten einen Aufruf zum vollen Amtsentzug unterzeichnete, der zur Bildung eines Vereins zu Rechten aufforderte. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In der ersten Versammlung dieses neuen Vereins hat man insbesondere gegen die Nationalliberalen scharf gemacht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist der Wunsch gefallen, Vertrauen den Worten eines Haffermann könne überhaupt niemand mehr haben. Ich altere nach der amtlichen „Mitteilungsblätter Zeitung“, die ich bekannt sein wird, Herr Kollege Seimler! Wo, sehen Sie sich bei, daß Sie nicht auch noch unter ein solches Ausnahmegesetz kommen — Gegen solche konservativen politischen Agitatoren hat die konservative Partei natürlich nichts einzuwenden, die können ruhig Staatsbetriebe beschäftigt werden!

Wenn ich recht unterrichtet bin, hat das Reichsmarineamt eine Anfrage an die Oberverwaltungsstellen gerichtet, ob den zu entlassenden Arbeitern die Auskunft mitgeteilt werden kann, von der Polizeibehörde eingeholt. Nach der Ansicht des Reichsmarineamts soll also auch künftig immer noch eine solche Auskunft eingeholt werden, während wir glaubten, daß nach den Debatten in der Budgetkommission eigentlich auch das Reichsmarineamt der Ansicht sein müßte, eine solche Auskunft sei zu unterlassen. Nach der Antwort, die die Oberverwaltungsstellen gegeben haben, sogar anzunehmen, daß nicht in jedem Falle die Auskunft mitgeteilt wird. Einer dieser Herren sagt nämlich in seiner Antwort, daß Bedenken habe, wenn die Auskunft: „sozialdemokratische Agitatoren laute; dann möchte er sie nicht vorlegen. Es wird also das Spiel weitergehen; die Leute werden denunziert und verleumdet werden, ohne daß sie wissen, woher es kommen kann. Ich hoffe, daß der Reichstag einmütig — mit Ausnahme der Konservativen eine solche Schlußfessel beseitigen wird.

Dann werden auch die Regelungen unterbleiben, von denen ich im vorigen Jahre einen Fall hier vorgebracht habe, der Fall des früheren Arbeiterausschussmitgliedes, des Werkleiters Behne, der an einem Elternabend Ausführungen darüber machte, wie seiner Meinung nach die Schule handeln müsse, und deswegen vom Oberverwaltungsstellen zur Verantwortung gezogen und entlassen wurde. Ich habe voriges Jahr auch daran Kritik geübt, daß ihm ins Zeugnis die Bemerkung geschrieben worden ist: „gegen war seine Führung im öffentlichen Leben in letzter Zeit mit abtafelnd.“ Sonst erhielt er ein einwandfreies Zeugnis, aber die Bemerkung machte ihm das Finden einer anderen Arbeitsstelle schwer. Herr Geheimrat Harms hat mir im vorigen Jahre ein gegengehalten: was wollen Sie? denn, wie sind ja durchaus unserm Recht, das Schöffengericht hat uns ja bestätigt, daß wir korrekt gehandelt haben. Inzwischen hat sich aber das Landgericht mit dieser Frage beschäftigt, hat sich auf den entgegengelegten Standpunkt gestellt und die Marineverwaltung verurteilt, ein neues Zeugnis auszustellen, worin sich diese den Arbeiter schädigende Bemerkung nicht befindet. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Marineverwaltung hätte sich diese Blamage ersparen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Aber der Oberverwaltungsstellen Edemann hat schon wieder für eine neue Blamage gesorgt. Ich meine jenen Tagesbefehl vom 4. Februar dieses Jahres, der die Arbeiterjugend in den Betrieben, worin es heißt: es sei festgestellt worden, daß Lehrlinge ohne Genehmigung des Referatsdirektors dem Arbeiterjugendbunde angehört und somit gegen § 3 Ziffer 4 des Lehrvertrages verstoßen hätten, die betreffenden Lehrlinge seien mit einem Verweis bestraft worden und hätten gleichzeitig ihren Austritt aus dem Verein nachzuweisen. Die Genehmigung zum Beitritt in den Arbeiterjugendbund wird nicht erteilt werden; da die Mitgliedschaft mit dem Abonnement an die Zeitung Arbeiterjugend gleichbedeutend sei, so werde auch diese Art der Mitgliedschaft verboten; Verstöße hiergegen würden im Zukunft in jedem Falle mit Entlassung bestraft werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nun für die Lehrlinge etwas schwierig, den Beweis zu erbringen, daß sie aus einem Verein ausgetreten sind, der nur in der Phantasie der Werkleitung in Wilhelmshaven existiert. So bezeichnet dieses Vorgehen wieder ein so bin ich allerdings überzeugt, daß diejenigen, die als Ratgeber für diesen Tagesbefehl in Frage kommen, sicher keine Freude daran haben werden. Es ist ja eine alte pädagogische Wahrheit, daß man der Jugend nur etwas zu verbieten braucht, dann macht sie es recht; besonders wenn es sich um Letztre handelt, die ihr verbote wird, sieht sie um so eifriger dabei. Wir können ja deshalb das Vorgehen der Werkleitung nur begrüßen. Es wird gewiß Eltern Verwandte und Bekannte geben, die dem Lehrling die Arbeiterjugend aufstellen werden. Was will die Werkleitung dagegen machen? Ich kann nur sagen: es ist doch wahrscheinlich nicht die Werkleitung, die den Unfug zu machen, der hier von reaktionärer Seite eingegeben wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Budgetkommission hat einen Antrag meiner Parteifreunde angenommen, der sich gegen einen andern Tagesbefehl richtet. Er handelt sich um eine Verfügung des Reichsmarineamts, die den Beamten bei Strafe verbietet, Kollektivgaben an den den gleichlaufende oder den gleichen Zweck verfolgende Einzelingaben zu machen. Wir haben uns in der Budgetkommission nahezu einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieses Recht haben müssen, und wir erwarten, daß diese Verfügung zurückgezogen wird. Unser Antrag trifft doch wohl das selbe, was ein neuer Antrag der Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei erstrebt. Wir werden aber auch diesem Antrag unserer Zustimmung geben.

Schließlich ist noch ein Antrag angenommen, daß künftig sowohl den Reichstagsmitgliedern als auch den Arbeiterausschussmitgliedern Material über Löhne, Dienstzeit, Ueberarbeit, Prämienfälle etc. zur Verfügung gestellt werden soll. Der Arbeiterausschuß wird auf Grund eines solchen Materials, wenn er es alljährlich bekommt, eine viel schärfere Prüfung seiner Aufträge vornehmen können. Das ist durchaus wünschenswert. Das genügt aber noch nicht. Ich möchte der Marineverwaltung dringend raten, daß die Kompetenzen des Arbeiterausschusses erweitert. Ich unterstütze in dieser Beziehung die Vorschläge, die die Arbeiterausschussmitglieder in ihren Eingaben gemacht, die auch in der Petition des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes enthalten sind. Vor allen Dingen müssen die Arbeiterausschussmitglieder sich untereinander verständigen können; sie müssen auch das Recht haben, sich mit dem Beschwerdeführer zu verständigen und auch Dritte, die an der Beschwerde beteiligt sind, zu Rate zu ziehen. Es ist auch zu wünschen, daß sie hierzu nicht einer Erlaubnis bedürfen, wenn das während der Arbeitszeit geschieht, sondern daß sie nur dem Werkstattsleiter der betreffenden Abteilung Meldung zu machen

brauchen. Daß diese Tätigkeit während der Arbeitszeit erfolgen kann, halte ich für selbstverständlich. Wenn der Herr Chef der Eisenbahnverwaltung, wenn ich ihn recht verstanden habe, neulich erklärt hat, daß diese Wünsche bei ihm schon erfüllt seien, dann wird wohl die Reichsmarineverwaltung sicherlich doch nicht reaktionärer sein wollen als dieser preußische Bureaucrat. Der Arbeiterausschuß muß auch verlangen und kann mit Recht verlangen, daß die unteren Beamten ihm gegenüber nicht den Unteroffizierston herausstoßen, daß die oberen Beamten in solchen Fällen, wo die Arbeiterausschüsse Beschlüsse fassen, ihnen dann auch die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen, und daß vor allen Dingen wegen der Tätigkeit der Ausschussmitglieder Schikanen unterbleiben, wie wir sie im vergangenen Jahre schon geschilbert haben. Auf einen Fall habe ich heute wieder hingewiesen. Herr Behnke war nicht entlassen wegen seiner Rede, die er damals gehalten hatte — die war nur als Vorwand genommen worden —, sondern er war entlassen, weil er sich mißlieblich gemacht hatte in seiner Eigenschaft als Arbeiterausschussmitglied.

Nun ist mir aus jüngerer Zeit ein Fall mitgeteilt worden, daß in Friedrichsort ein Mitglied eines Arbeiterausschusses in einen andern Wahlbezirk versetzt ist, weil es allzu temperamentvoll die Wünsche und Vorschläge seiner Mandatgeber bei der Verteilung vertreten hat. Bei der Behandlung dieses Falles hat sich dann auch herausgestellt, daß über dieses Arbeiterausschussmitglied geheime Gutachten eingeholt sind, und man darf sich wohl die Frage stellen, ob in dem Augenblick, wo jemand zum Arbeiterausschussmitglied gewählt wird, etwa in jedem Fall so vorgegangen wird, wie es hier geschehen ist. Das würde wieder sehr bezeichnend sein für das Vorgehen der Werkverwaltung.

Ich habe bei der Gelegenheit auch eine Mitteilung vom vorigen Jahre zu geben. Damals ist bei meiner Kritik der Entlassung eines andern Arbeiterausschussmitgliedes, des Werkführers Federmann, von Herrn Geheimrat Harms darauf hingewiesen worden, daß der Mann bis zum Jahre 1910 sich sehr brav gehalten hätte; aber von 1910 an bis zu seiner Entlassung seien in den dahinterliegenden Jahren zwei bis sieben Strafen in das Strafverzeichniß eingetragen. Ich habe mich auch über diesen Fall noch einmal erkundigt und habe eine Mitteilung bekommen, die allerdings ganz anders aussieht, als das, was der Herr Geheimrat Harms vorgetragen hat. Es heißt in dieser Auskunft:

„Es ist nicht richtig, daß die Werkführer in einem bestimmten Turnus abgelöst werden.“ Das hatte Herr Geheimrat Harms auch behauptet. „Wäre dies der Fall, so wären nachweislich noch viele Leute bei der Feuerwehr, die nur aus dem einzigen Grund gekündigt haben, weil sie nie Auslöschung hatten, jemals abgelöst zu werden. Wohl sind einzelne Fälle vorgekommen, wo Leute wegen eines Vergehens als Wächter zum Feuerwehrcorps strafversetzt wurden, ein Beweis, daß der Wächter eine besondere Vertrauensstellung innehat.“ Dann heißt es weiter: „Es ist nicht richtig, daß von 1910 bis zum Entlassungstag des Federmann sechs bis sieben Strafen in Frage kommen, sondern nur zwei, zu denen der Arbeiterausschuss mehrfach Stellung genommen und scharf Protest dagegen eingelegt hat; denn diese Verstärkungen liegen vor der Kommandierung zum Werkführer und sind nur auf die Tätigkeit als Arbeiterausschussmitglied zurückzuführen.“ Meine Herren, das sieht denn doch ganz anders aus als die Auskunft des Herrn Geheimrat Harms im vorigen Jahre. Wenn das zutreffend ist — und ich zweifle nicht daran —, dann kann man einigermaßen vermindert über jene Auskunft sein.

Damit verlasse ich die Tätigkeit der Arbeiterausschussmitglieder und komme zur Lohnpolitik, diesem großen Kapital bei diesen vielen tausenden Arbeitern. Meine vorjährige Kritik hat leider nicht die Wirkung gehabt, die ich ihr gewünscht hätte. Es ist zwar ein neuer Lohnsatz gekommen, und wenn er auch besonders schlecht bezahlt Gruppen, auf die ich im vorigen Jahre hingewiesen habe, berücksichtigt, so ist doch im Grunde die Wirkung im ganzen genommen so minimal, daß die Leute damit nicht zufrieden sein können, besonders wenn dabei festgestellt werden muß, daß nach dem dieser neue Lohnsatz eingeführt war und für kleine Gruppen nur Verbesserungen brachte, von einer Verfassung, wie sie sonst am 1. April vor sich geht, Abstand genommen ist. Nicht bei allen, aber doch bei sehr vielen. Das ist um so bedauerlicher, wenn wir bedenken, daß selbst die Reichsregierung sich dazu sequent hat, die Feuerung anzuerkennen, und daß diese Feuerung gerade 1912 besonders scharf einwirkte. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die Preissteigerungen in Danzig in der letzten Zeit durchschnittlich etwa 10 Prozent betragen haben, und daß in Wilhelmshaven noch dem Verlegen des Geschäftswandels die Mieten monatlich um 6, 8, 10, 12 % gestiegen sind, so ist es doppelt bedauerlich, daß die Lohnsteigerungen, auf die die Leute mit Recht gewartet haben, so minimal waren.

Es kommt weiter hinzu die immer größere Ausnützung der Arbeitskraft auf den Werften. Sie zeigt sich in der Reduzierung der Wafdpreise, die die Leute zu noch größerem Kräfteverbrauch zwingt, und in einem raffinierten Bewusstseinssystem, wie es wohl kaum ein Privatbetrieb zu verzeichnen hat. Daraus erklärt sich wohl auch das Steigen der Krankenziffern in den Marinebetrieben. Während zum Beispiel in der allgemeinen Ortskrankenkasse Kiel die Zahlen sowohl der Krankheitsfälle wie auch der Krankheitsstage sinken, steigen sie in den Betriebskrankenkassen der Marine wie auch auf der Torpedowerkstatt Friedrichsort. In der Kieler Ortskrankenkasse sind von 1908 bis 1911 die Zahl der Krankheitsfälle von 11,77 auf 10,11 und die Zahl der Krankheitsstage von 69 auf 64 pro 100 Mitglieder. Dagegen liegen in der Marinebetriebskrankenkasse die Krankheitsfälle von 9,45 auf 9,81 und die Krankheitsstage von 47 auf 49; in der Torpedowerkstatt liegen die Krankheitsfälle von 7,50 auf 7,93 und die Krankheitsstage von 34,9 auf 46,5 pro 100 Mitglieder. Und dabei kann man hier noch viel eher das Moment in die Waagschale werfen, von dem vorhin der Herr Regierungsvertreter sprach: daß auf der Werft Leute in die Kasse kommen, die eine Betriebskrankenkasse nicht einstellen würde. In der allgemeinen Ortskrankenkasse Kiel muß jeder genommen werden, der von einem Unternehmer eingestellt wird, während die Marinebetriebskrankenkasse und die Krankenkasse der Torpedowerkstatt auch hierbei vorzüglich sein wird.

Nun hat der Herr Geheimrat Harms im vorigen Jahre gesagt, die Löhne der Marineverwaltung würden immer etwas über den Löhnen, die in der Privatindustrie bezahlt würden. Ich muß feststellen, daß das ein bedauerlicher Irrtum ist. Sowohl bezüglich der Handwerker und Tischlerhandwerker wie der Handlanger und Betriebsarbeiter, sowohl bezüglich der Stundenlöhner wie der Monatslöhner wird sich feststellen lassen, daß diese Angabe nicht zutrifft. Ich habe die Aufstellungen des neuen Lohnsatzes hier und vergleiche sie mit den Mindest- und Höchstlöhnen, die in der Privatindustrie, zum Beispiel in Kiel, bezahlt werden. Da erhalten an Löhnen:

	in der Marine	in der Privatindustrie
Dreher	40 bis 53 3/4	41 bis 54 3/4
Klempner	40 = 53 =	41 = 54 =
Maschinenbauer	40 = 53 =	41 = 58 =
Schiffbauer	40 = 53 =	45 = 58 =

Und so habe ich hier — wenn sich die Herren Regierungsvertreter davon überzeugen wollen — die Angaben für nahezu alle Berufsgruppen, wo dasjenige bezeichnet wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Stundenlohnangaben in der Privatindustrie mit 1/2 multipliziert werden müssen, damit sich der Tageslohn ergibt, bei der Werkverwaltung dagegen nur mit 1/3, so daß also der Tageslohn auf den Werften im Verhältnis noch niedriger ist.

Noch einige andere Beispiele. In der Petition, die die Arbeiterausschüsse eingereicht haben, zum Beispiel von Wilhelmshaven, ist beantragt worden, daß man für die gelehrten Arbeiter einen Anwartslohn von 45 %, steigend bis zu 60 %, einstellen soll. Es wird darauf hingewiesen, daß zum Beispiel der Tarif der Schlosser gelehrte festgelegt hat; selbständige Schlosser erhalten sofort 65 %. Andere Berufsstände, zum Beispiel Klempner, Tischler, Maler, Zimmerer, haben noch höhere Einstellungsätze.

Das selbe kann ich hier auch für bestimmte Großbetriebe sagen. So hat zum Beispiel der Arbeitgeberverband Einstellungsätze im ersten Jahr nach der Lehre 45, bis 22 Jahren 53 und über 22 Jahre 60 %. Ebenso ist es bei den anderen, die ich aber umgehen will, um Ihre Zeit nicht allzulange in Anspruch zu nehmen.

Was ich für die gelehrten Arbeiter feststellen kann, das gilt auch für die Hilfsarbeiter. Da ist in Wilhelmshaven beantragt worden, daß hier mindestens ein Lohn von 45 %, steigend in einer gewissen Zeit bis zu 53 %, gezahlt werden soll. In den Betrieben der Eisen- und Metallbranche erhalten die Hilfsarbeiter einen Lohn von 50 %. Die Firma Gebrüder Götthardt zahlt einen Lohn von 50 %, Ludwig Lange zahlt 52 %, so daß auch hier nicht übertriebene Forderungen der Arbeiter oder des Arbeiterausschusses vorliegen, Forderungen, die durchaus berechtigt sind, und die von der Marineverwaltung berücksichtigt werden müssen, wenn es richtig ist, daß sie immer etwas höher stehen soll als die Privatbetriebe.

Das selbe, meine Herren, was für die Arbeiter in Frage kommt, die in den Werften beschäftigt sind, gilt vielleicht in noch höherem Grade für die Seeleute, für die Maschinenisten, für die Gelager. Ich habe im vorigen Jahre die Gruppe der Hilfsarbeiter, der Handlanger herausgehoben, von denen hier nachher gesagt wurde: daß ist eine Erhöhung des Lohnes um so weniger angebracht, als deren Löhne noch mehr gestiegen sind als die der Berufsarbeiter. Als Herr Geheimrat Harms das hier sagte, war auch die Anfrage unterbreitet, durch welche Auskunft über die Steigerung der Löhne für Hilfsarbeiter verlangt wurde, und als diese Antwort eintraf, bejahte sie, daß im Jahre 1908 der Durchschnittsverdienst 4,40 M betrug, 1909: 4,51 M, 1910: 4,67 M, daß er 1911 aber zurückgegangen ist auf 4,53 M. Nun klingt diese Zahl allerdings für einen Hilfsarbeiter hoch. Aber wenn man berücksichtigt, daß darin enthalten ist die kolossale Masse von Ueberstunden, von Sonntagsarbeit, wovon die Zwölftstündigen hiermit mitberechnet sind, daß Zulagen für Probefahrten, zum Teil für langandauernde Probefahrten, gleichfalls in dieser Summe enthalten sind, welche diese Leute bekommen haben, dann wundere ich mich nicht darüber, daß solcher Verdienst herauskommt. Rechnen wir uns aber nach, wieviel Arbeitstage zu neun Stunden im Jahre das ergibt, dann kommt eine Zahl von Arbeitstagen heraus, die nicht nur den Urlaubsgurlaub wieder befreit, sondern weit darüber hinausgeht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, die ungünstige Bezahlung auf den fiskalischen Werken hat noch einen anderen Grund. In der Privatindustrie erreicht der Arbeiter schon nach ganz kurzer Zeit — sagen wir nach einem Jahre oder in zwei Jahren — den Höchstlohn, während in den Betrieben der Reichsverwaltung Leute vorhanden sind, die 20 Jahre im Betriebe sind — es mögen nicht allzu viele sein, aber sie sind doch da —, die noch nicht den Höchstlohn erreicht haben. Im Durchschnitt wird der Höchstlohn in 10 bis 12 Jahren erreicht, während er in der Privatindustrie in erheblich kürzerer Zeit erlangt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nun habe ich schon in der Budgetkommission den Wunsch ausgesprochen, man möchte bezüglich der Verfassung in anderer Weise vorgehen und vor allen Dingen dafür sorgen, daß diese Verfassungen alle Jahre stattfinden. Es steht mir Material zur Verfügung, daß in Danzig — wenn wir von dem absehen, was dort im vorigen Jahre für kleine Gruppen geschehen ist — Leute vorhanden sind, die 3, 5, selbst 7 Jahre nicht verklärt worden sind, daß in Kiel im April und Oktober 1911 je 10 Prozent, im Jahre 1912 im April gar nichts und im Oktober 5 Prozent der Arbeiterkraft verklärt worden sind. Nur bei einer Gruppe, ich glaube, in der Schlosserei im Ressort 3, sind 15 Prozent verklärt worden. Wenn Sie diese Prozentzahlen hören, können Sie sich ausrechnen, wie lange es dauert, ehe die Gesamtheit der Leute verklärt worden ist.

In Danzig ist in der Kesselschmiede im Maschinenbauressort seit Jahren nicht verklärt worden, ebenso in anderen Abteilungen dieses Ressorts; im Schiffbau soll das gleiche der Fall sein. Wenn man berücksichtigt, wie gering die im vorigen Jahre gegebenen Zulagen waren, was es um so mehr bestrebend, daß die Marineverwaltung so vorgeht. Will sie sich etwa nach einzelnen Betrieben, wie sie Danzig leider noch aufzuweisen hat, mit geradezu jammervollen Verbleiben richten, wie die Werft Kladitzer, die nur 25, 30 % für Hilfsarbeiter und 30 bis 35 % an Berufsarbeiter zahlt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und sich dann darüber beschwert, daß Leute auf die Kaiserliche Werft gehen und dort eingestellt werden? Nein, es liegt wahrhaftig keine Ursache vor, sich nach solchen Betrieben zu richten; die Marineverwaltung soll umgekehrt jenen ein Beispiel geben und sie dazu erziehen, daß sie gleichfalls anständige Löhne zahlen.

Ich möchte dringend eruchen, eine Regelung der Einstellungs- und Höchstlöhne möglichst schnell vorzunehmen, vor allen Dingen aber ein schnelleres Aufsteigen dadurch zu ermöglichen, daß weniger Stufen eingerichtet werden, und daß das Verlassen mindestens jedes Jahr stattfindet, so daß die Leute von vornherein wissen, woran sie sind, ihnen ein gewisses Recht bezüglich ihrer Lohnforderungen eingeräumt wird.

Herr Geheimrat Harms hat im vorigen Jahre gesagt, die Lohnaufbesserungen erfolgten auf verschiedene Weise, zum Beispiel auch durch Verlegung in besser bezahlte Gruppen. Nun ist mir, um nur ein Beispiel herauszunehmen, von der Gruppe der Elektromonteur in Wilhelmshaven bekannt, daß dort Schlosser und Klempner seit Jahren die besser qualifizierten Arbeiten auszuführen haben, ohne daß sie in die besser bezahlten Gruppen versetzt worden sind. Dort ist es also keineswegs so, wie Herr Geheimrat Harms gesagt hat. Weiter möchte ich mir die Frage stellen: warum werden denn die Meter und Stenmer, jene beiden Gruppen, die eine nebenzählende Arbeit verrichten müssen, nicht in die Gruppe der Schiffbauer versetzt, so daß sie den Verdienst dieser Gruppe erhalten?

Weiter ist mir eine große Zahl von Klagen über Florderverkürzung zugegangen, und zwar nicht nur bei den losen Wafden, die man ja hier im vorigen Jahre gelten ließ, sondern auch die Tabellenabgabe werden reduziert. Es sind Beweise dafür vorhanden, daß sogar schon die Lenkung der Zeichnungsnummer dem Kalkulationsbureau Veranlassung gegeben hat, eine Preisreduzierung vorzunehmen. Dieses System hat dazu beigetragen, daß in unserem Werftbetrieb heute die Preise niedriger sind als in der Privatindustrie. Es ist dem Herrn Direktor der Torpedowerkstatt Friedrichsort an Beispielen nachgewiesen worden, wie außerordentlich niedrig die Bezahlung in seinem Ressort ist, wie hoch demgegenüber die Preise sind, die für dieselben Arbeiten in Privatbetrieben gezahlt werden. Ich will auch hier auf die Beispiele selbst, obwohl ich sie zur Hand habe, nicht eingehen. Jedenfalls möchte ich darum eruchen, daß die Werkverwaltung eine Revision der Wafden vornimmt und sie zugunsten der betreffenden Arbeiter und nicht zu ihren Ungunsten gestaltet.

Bei der Erwähnung der Torpedowerkstatt möchte ich auch ein Wort zu dem Prämienystem sagen. Dieses System ist eine Ungerechtigkeits-, besonders für die unteren Lohnklassen. Lohnklasse plus Kalkulationsystem plus Prämienystem — diese drei Einrichtungen zusammengenommen wirken herabsetzend, daß eine Einrichtung wie das Prämienystem nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Der Herr Geheimrat Harms hat in der Budgetkommission gesagt, er wolle Erleichterungen eingehen, ob die Befreiung möglich sei. Ich hoffe, daß er mit der nötigen Energie vorgeht, damit Ungerechtigkeiten, die gerade infolge des Prämienystems in der Torpedowerkstatt herrschen, beseitigt werden.

Dann einige Worte zu der Ueberarbeit. Ich habe sie im vorigen Jahre hier kritisiert und Zahlen angegeben. Ich will heute erwähnen, daß in den Werften Wilhelmshaven und Danzig im Jahre 1911 bei einer Belegschaft von 10 500 Arbeitern insgesamt an Ueberstunden 1 035 000 und an Sonntagsstunden 131 397 geleistet worden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim Bau des Schiffes „Rajer“ ist 1/3 Jahr lang ununterbrochen überarbeitet worden, und ebenso ist bei den Scausen und bei den Brückenarbeiten in Wilhelmshaven bis zu 100 Stunden die Woche

von dem einzelnen Mann gearbeitet worden. (Hört! hört! Sozialdemokraten.) Dadurch geht doch die soziale Wohlfahrt, Neunstundentag sein soll, vollständig zum Teufel. (Sehr bei den Sozialdemokraten.) Man braucht sich nicht darüber zu wundern, daß die Arbeiter dabei ihre Gesundheit ruinieren auch die Werften nicht so vorzüglich arbeiten, wie sie würden, wenn sie vorzüglicher vorgehen würden. Der Herr rat hat uns einen großen Vortrag darüber gehalten, warum Arbeit notwendig ist. Wenn man diesen Umwegen ernstlich gehen will, dann wird eine erhebliche Beschränkung möglich ohne auf der andern Seite die Schärfe herborzugelassen, die Meinung des Herrn Geheimrat Harms dabei herauskommen.

Ich sagte, man ruiniert die Gesundheit der Arbeiter. Reichsbudget beträgt die Zahl der Krankheitsfälle 35 %. In Danzig ist aber bei einer Belegschaft von 3500 Arbeitern bei einer Ueberstundenzahl von 265 000 die Krankenzahl 62 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß sie ganz erheblich höher steht und die Marineverwaltung sich fragen muß, ob noch weiter verantworten kann und will. In Danzig hat Gruppe von Handlangern von 214 Mann ihren Verdienst auf 4,42 M. steigert können dadurch, daß sie 29 000 Ueber- und 2542 Nachstunden gearbeitet haben. (Hört! hört! Sozialdemokraten.) Ebenso auch andere Gruppen, deren mir hier zur Verfügung stehen. Das Umwesen ist also in dieser Weise ausgebreitet, daß in ernstester Weise Front dagegen werden muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben in der Budgetkommission weiter eine Auseinandersetzung über die ungeteilte Arbeitszeit gehabt, zwar sowohl für die Beamten wie für die Arbeiter. Was Verklärung der Arbeitszeit bisher immer ins Feld geführt ist, das läßt sich auch für die ungeteilte Arbeitszeit auf dieselben Gründe sprechen lassen. Die Verwaltung sagt allen der Mann müsse sein Mittagssbrot haben, sonst sei er in den 12 Stunden des Tages nicht so leistungsfähig. Ja, wenn er hätte! Das hat er aber nicht. Er hat ja gar nicht die Möglichkeit mittags nach Hause zu gehen. Ganz im Gegenteil, die große Zahl der Arbeiter bleibt in der Werkstatt oder in der Mühle, kann den eigenen Haushalt nicht aufsuchen. Es ist in der Werkstatt Friedrichsort selbst vom Direktor in einer Mitteilung gesagt worden, daß von den 1900 Arbeitern im ganzen nur 100 Friedrichsort und Pries wohnen, alle übrigen außerhalb, so diese 1 1/2 Wegstunden von und zur Arbeitsstätte brauchen. Es ist zu ersehen, daß an die Einhaltung einer Mittagspause keine Sinne, wie es die Reichsverwaltung wünscht, gar nicht zu werden kann. Es kommen für das weitere Wohnen Wohn- und Schulverhältnisse in Betracht. Ich kann mir denken, daß große Anzahl von Arbeitern, die in der Torpedowerkstatt an das Bedürfnis haben, ihre Kinder nach Kiel in die Schulen schicken, so daß sie deshalb in Kiel wohnen bleiben. Die ungeteilte Arbeitszeit wird für die Verwaltung keinen Schaden bringen, Gegenteil; es wird an Betriebskosten gespart und der Verlust nicht nur der Maschinen, sondern auch der Menschen zu werden, der Verzug, der bei beiden Pausen noch zu verzeihen ist und um so größer ist, je länger die Pausen sind: eine allfällige, die von allen Praktikern bestätigt wird. Eins wird notwendig sein: die zwei-tägigen Pausen, die bei der ungeteilten Arbeitszeit stattfinden, müssen von der neunstündigen Arbeitszeit abgezogen werden. Die Marineverwaltung kann das gut tun, sie wird den geringsten Schaden davon haben, sondern, wie das die Großindustrie nachgewiesen haben, Vorteile.

Im vergangenen Jahre hatte ich dann auch für die Arbeiter in der Zentrale die achtstündige Arbeitszeit verlangt. Es ist mir damals geantwortet worden, die Werkleitung würde mit meinem Vorschlag einverstanden gewesen, die Arbeiter ihn aber abgelehnt. Die Sache liegt doch etwas anders. Es ist einer der höheren Beamten zu der betreffenden Arbeiter gegangen, hat mit ihr verhandelt und sich mit ihr darüber verständigt, sie sollten eine Erhöhung des Lohnes, 45 %, pro Erhöhung und einen bestimmten Wafdenaufschlag dazu. Damit ist der Gelager durchaus einverstanden; aber gleich darauf hat der betreffende Beamte seine Zusage zurückgezogen und den Gelager öffnet, es müsse bei dem Lohn für 8 Stunden verbleiben, so für Leute, die 12 oder 12 1/2 Stunden gearbeitet hatten und auch Lohn erhielten, eine solche Reduzierung ihres Verdienstes annehmbar war. Der Wunsch der Gelager, die Nachstunden eingeführt zu sehen, ist um so berechtigter, als es sich hier um einen Betrieb handelt, der eine kolossale anstrengende und ungeteilte Arbeit von den betreffenden Arbeitern verlangt. Ich möchte dem Herrn die Marineverwaltung um eine Prüfung dieser Sache ersuchen. Offenlich kommt sie dann zu einem anderen Resultat, das die Leute befriedigt.

Bezüglich wie bei den Gelagern liegt es bei den Schiffbauern und bei den Maschinenwärtlern, die bei den Ueberstunden beschäftigt sind. Auch sie haben eine anstrengende Arbeit, und die von ihnen gestellten Forderungen sind im höchsten Grade berechtigt. Ich bedaure, daß sie von der Marineverwaltung noch nicht erfüllt worden sind.

Meine Kritik an der Verschlechterung der Verdienste habe ich im vergangenen Jahre vorgetragen, mußte ich, ich heute näher darauf eingehen möchte, Wort für Wort wiederholt. Der neue Tarif und seine Verschlechterungsätze haben ja wohl Erhöhung gebracht, aber zu gleicher Zeit ist dieser Tarif so und die Bestimmungen sind so verfaßelt, daß tatsächlich Verschlechterung für die Leute eingetreten ist. Also auch das man noch einmal reiflich prüfen. Es ist ja kürzlich eine Verfürgung ergangen, die eine kleine Erleichterung schafft; aber es ist nicht den Leuten mitgeteilt worden, allerdings nicht in den letzten 24 Stunden — aber ich würde Nachricht bekommen haben, wenn sich irgend etwas verändert hätte —, daß die Sekretäre es verstanden hätten, trotz der neuen Verfügung den Leuten das Verschlechterungsgeld zuzuwenden. In der Budgetkommission ist alles hochgegangen, der Antrag des Zentrums kam, nach welchem eine gewisse Erhöhung der Offiziere eintreten sollte, und ich begreife das Bestreben des Herrn Staatssekretärs und seiner Beamten, das dabei behandelte haben. Aber ich möchte wünschen, daß auch klein wenig davon mit ebensolcher Energie für die Arbeiter gemacht würde, so daß wir in Zukunft Klagen nach der Richtung wenigstens nicht mehr in dem Umfang vorzubringen haben. Nicht für die Marineverwaltung ein leichtes sein, und die Arbeiter sollen gar nicht so erheblich ins Gewicht, wenn man den 75 Pfennig für die Verpflegung bestehen läßt und jenen Modus wieder einführt, wie er vorher gemeint ist, und wenn man weiter 24stündige Einschiffung statt mit 1 M mit 1,50 M bezahlt. Dann würden die Leute befriedigt sein und es würde eine Forderung erfüllt sein, die sie zu stellen durchaus berechtigt sind.

Es ist schon im vorigen Jahre auch die Erweiterung des Urlaubes angeregt worden, und, meine Herren, muß sagen, daß der Urlaub von vier Tagen nach sieben Tagen und von sechs Tagen nach zehn Jahren keineswegs als ausreicht bezeichnet werden kann. Bei den Werftleistungen ist, soweit unterrichtet bin, auch Stimmung dafür vorhanden, eine Erweiterung eintreten zu lassen. Es liegt also meiner Ansicht nach nur an der Marineverwaltung selbst, daß sie eine diesbezügliche Verfürgung erläßt. Ich möchte eruchen, daß man aber dann nicht bei der Verfürgung bleibt, wie er von einem der Werkdirektoren gemacht, daß erst nach fünf Jahren der erste Urlaub gewährt werden soll, sondern daß er schon nach einer erheblich geringeren Beschäftigung eintritt. Desgleichen möchte ich bezüglich der Bezahlung der Feiertage auch in diesem Jahre der Marineverwaltung Rat geben, nur endlich diese Bezahlung eintreten zu lassen. Ich ist mir mitgeteilt worden, daß in Kiel auch am Gründonnerstag auf der Kaiserlichen Werft gefeiert wird, und so wünschenswert ist, daß die Arbeiter möglichst viele Ruhepausen bekommen, so der Wert dieser Vergünstigung doch verloren, wenn die Leute Bezahlung nicht erhalten. Ich bitte also, daß man nach dieser Richtung etwas toleranter verfährt, als es bisher geschehen ist.

Meine Herren, ich habe weiter für eine große Gruppe der Werftarbeiter den gleichen Wunsch auszusprechen, den mein Kollege Albrecht vorhin für eine andere Gruppe geäußert hat und von dem uns nachher gesagt wurde, daß er dort erfüllt ist, ich meine die wöchentliche Lohnzahlung und die Lohnzahlung während der Arbeitszeit. In einzelnen Staatsbetrieben ist die wöchentliche Lohnzahlung schon durchgeführt, ein Beweis dafür, daß man es überall kann. Und auch die Lohnzahlung während der Arbeitszeit ist eine Forderung, die im höchsten Grade berechtigt ist und auch von fast allen Privatunternehmern durchgeführt worden ist.

Ich habe dann weiterhin in der Budgetkommission Beschwerde darüber geführt, daß bei den Hafenerweiterungsarbeiten in Wilhelmshafen und bei der Anlage der dortigen Torpedowerk die beiden Privatfirmen, die dort betätigt sind, fast nur ausländern bestehende Arbeiter, die die Schichtarbeiten zu machen haben, sondern auch um qualifizierte Arbeiter. Eine Firma hat 50 Metallarbeiter beschäftigt und diese sind fast durchweg Ausländer gewesen, ja es sind sogar die noch beständigsten deutschen Arbeiter entlassen und dafür holländische eingestellt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ich den ausländischen Arbeitern die Arbeit betrauen will, aber jedenfalls ist es notwendig — und es ist mir versichert worden: hier waren arbeitslose Arbeiter vorhanden —, daß man zunächst doch die einheimischen Arbeiter bevorzugt.

Ich habe weiter schon in der Budgetkommission darum gebeten, daß nicht nur die Ueberwachung des sogenannten Pfandgrabens in Danzig stattfinden soll; sondern daß das auch bezüglich der Hellinge geschieht. Die Arbeiter müssen dort tagelang in engen Böchern und auf dem kalten Eisen herumkriechen. Wenn sie nur noch den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind, werden sie natürlich gesundheitlich schwer geschädigt. Ich glaube deshalb erwarten zu können, daß auch dieser Wunsch der Arbeiter berücksichtigt wird.

Ich habe dann eines Tagesbefehls vom 11. November 1912 Erwähnung getan. Es war da eine Belohnung von 100 M. dem zugestimmt worden, der den Täter eines Diebstahls so namhaft machen würde, daß er zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Es waren nämlich Gegenstände verschwunden, die man nicht in der Werkstatt wegtragen kann, sondern die zentnerschwer sind. Von den Arbeitern ist eine Erklärung dafür gegeben worden, die dahin geht, daß diese Gegenstände irrtümlich nach einem Referendatschiff verschifft sein müssen, oder daß sie nach dem Aufsteigen als Ausschuss verschifft worden sind, oder daß sie in dem ominösen Wasserloch versenkt worden sind, das hier in früheren Zeiten einmal eine Rolle gespielt hat. Aber daß diese Gegenstände von der Werft durch Verwächter gestohlen worden sind, war nicht anzunehmen. Dennoch nahm die Kriminalpolizei eine Hausdurchsuchung bei diesen Wächtern vor, die diese in höchstem Grade erbitterte. Der Befehl ist von einem Werkstattdirektoren Grafen Platte gegeben worden, einem noch sehr jungen Herrn. Ich möchte bitten, daß man in Zukunft etwas vorsichtiger ist und daß man Leute, die bis zu 36 Jahren im Dienst stehen und eine einwandfreie Dienstzeit hinter sich haben, nicht behandelt, wie das hier geschehen ist.

Ich habe dann schließlich gefragt, ob in Danzig eine Verfügung besteht, nach der Arbeiter nur mit Zustimmung ihres bisherigen Arbeitgebers in den Kaiserlichen Werkbetrieb eingestellt werden. Wenn das der Fall ist, dann würde ich das in schärfster Weise verurteilen. Ich bitte zu bedenken, daß Werften in Frage kommen, die Arbeitsverhältnisse wie die vorher von Danzig geschilderten haben. Die Werkleitung hat meines Erachtens gar nicht das Recht dazu; sie unterbindet die Freizügigkeit eines Arbeiters, wenn sie so vorgeht, wie das hier scheinbar der Fall ist und wie das aus Mitteilungen hervorgeht, die mir gemacht worden sind und für die ich auch gewisse schriftliche Unterlagen habe, in denen es zum Beispiel heißt, daß man nicht Leute von diesen betriebsfremden Werften wegzugieren soll. Das legen die Unternehmer nun so aus, als ob auch Leute, die ihre Entlassung genommen haben und mit ihrem Entlassungsschein zu einer Kaiserlichen Werft gehen und dort versuchen, Arbeit zu bekommen, nicht eingestellt werden dürfen. Ich möchte deshalb ersuchen, wenn eine solche Anweisung besteht, sie umgeben einer Revision zu unterziehen, damit sie nicht mehr in der Weise ausgelegt werden kann.

Ich komme nunmehr zum Schluß meiner Ausführungen. Wenn ich auch nur das wichtigste des mir zugelegenen großen Materials besprechen wollte, bräuhete ich eine dreimal so lange Zeit. Wenn die Kaiserlichen Werkbetriebe Musteranstalten werden sollen, dann muß eine große Menge von Verbesserungen durchgeführt werden. Ich hoffe, daß es geschieht, daß besonders eine Befestigung der gerügten Mängel erfolgt und damit der Weg zu wirtschaftlichen Musterbetrieben gebahnt wird. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Frztkümer zu vermeiden und eine geordnete Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 23. März der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 29. März 1913 fällig ist.

Für den in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschriebenen Posten eines zweiten Hilfsarbeiters in der Bezirksleitung des 5. Bezirks wurde der Kollege Carl Schott (Frankfurt a. M.) gewählt. Die anderen Bewerbungen sind damit erledigt.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:
Der Verwaltungsstelle Greifswald 10 g pro Woche unter Wegfall des bisherigen Extrabeitrags von wöchentlich 5 g und monatlich 10 g vom 1. April 1913 an.
Der Verwaltungsstelle Remmert vom 1. April an 10 g pro Woche unter Wegfall des bisherigen Beitrags von 5 g.
Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
Der Mechaniker Fritz Spiegel, geb. am 26. Jan. 1886 zu Steglitz, Buch-Nr. 1,933 653, wegen Durchbrechung von Werkstattebeschläffen.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Danzig:
Der Schlosser Oskar Jobel, geb. am 12. Februar 1894 zu Jähr, Buch-Nr. 2,082 883, wegen Diebstahl.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dortmund:
Der Schlosser Karl Beckmann, geb. am 15. Juni 1868 in Königsdahlen, Buch-Nr. 1,993 877, wegen unkolleg. Verhalten.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:
Der Kesselschmied Wfr. Göbner, geb. am 9. November 1884 zu Erntmischau, Buch-Nr. 1,178 965, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pamelu:
Der Dreher Karl Schlechter, geb. am 24. Februar 1888 zu Barren, Buch-Nr. 2,011 886, wegen Diebstahl;
der Monteur Bernh. Stricker, geb. am 18. Mai 1890 zu Bersenbrück, Buch-Nr. ?, wegen Schwindelbeten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schwerin:
Der Former Ernst Optz, geb. am 14. Dezember 1869 zu Schweidnitz, Buch-Nr. 648 644, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
Der Galvaniseur Waldemar Ketterer, geb. am 18. Juni 1884 zu Willingen, Buch-Nr. 1,435 503, wegen Wiktahme wertvoller Bibliothekbücher.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wehlar:
Der Monteur Wlth. Schmidt, geb. am 6. September 1889 zu Freisa, Buch-Nr. 2,012 822, wegen betrüg. Manipulationen.

Einzuziehen und an den Vorstand einzusenden ist:
Buch-Nr. 1,475 267 des Drehers Otto Hannusch, geb. am 7. Mai 1893 zu Forst, eingetr. 18. Oktober 1909 zu Forst. (R.)
Buch-Nr. 798 689 des Formers August Seegler, geb. am 9. April 1887 zu Linden. (R.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Mitterstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Weruer, Stuttgart, Mitterstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Dortmund und Eisenindustrie zu Menden und Schwerte) D.; nach Niederlahnstein (Firma C. S. Schmidt, Drahtgeflechtwerke) St.; nach Wismar (Fa. W. Müller) D.;
 - von Drahtwalzern nach Witten (Gustafshwert, Abteilung Drahtwalzwerk) H.;
 - von Feilenhauern und Feilenschleifern nach Mülheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.;
 - von Formern, Gießereiarbeitern u. Kernmachern nach Dortmund (Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Stahlgießerei) D.; nach Hattungen (Henschel & Sohn, Heinrichshütte) D.; nach Herne (Fa. Weim, Maschinenfabrik) D.; nach Ravensburg (Fa. F. A. Honer, Maschinenf. u. Eisengießerei); nach Solingen (Fa. R. Nautenbach) D.; nach Speyer (Firma Pokorny & Wittelind) nach Zwickau (Fa. Stiebler) D.;
 - von Zinkallateuren nach Wiesbaden (Fa. Döflein) M.;
 - von Kesselschmiedern nach Straßburg (Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik);
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Aue bei Zeitz (Chem. Fabrik) St.; nach Barren (Firmen Fröhlig & Klüpfel, Maschinenfabrik, D., und Schulze & Wehrmann, Emailwerk) v. St.; nach Braunshweig (Firma Röber & Neuber) Str.; nach Düsseldorf-Deerenhof (Rhein. Metallwaren- und Maschinenfabrik) D.; nach Elbing (Schiffswerft Schen) D.; nach Königsberg (Union) M.; nach Raguin i. Anh. (Maschinenfabrik Heerbrandt) L.; nach Stuttgart-Ludwigsburg (Fa. Wagner & Keller) Str.; nach Thorn (Fa. Born & Schübe) Str.;
 - von Metallarbeitern nach Genf (Fa. J. Michel, Aluminiumf.) D.;
 - von Planierern und Emailauftragern nach Hattem in Holland. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Differenzen; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; M.: Mängel; R.: Lohn- oder Abfordrereduktion u. s. w.)
- Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.
- Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anstalten in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzustempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Ortsverwaltung besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Sichtbildervorträge

- des Kollegen Seb. Lauterbach aus Stuttgart über: „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter“ finden statt:
- Sonabend, 29. März in Saalfeld a. S. im Saale „Zapf“.
 - Sonntag, 30. März in Rudolstadt im Gambinns.
 - Dienstag, 1. April in Pamelu im Gewerkschaftshaus.
 - Mittwoch, 2. April in Hildesheim im Gewerkschaftshaus.
 - Freitag, 4. April in Weime im Saale „Schumacher“.
 - Sonabend, 5. April in Celle-Mensfeld im Saale „Mohrman“.
 - Sonntag, 6. April in Borsum a. S. im Saale „Gampf“.
 - Montag, 7. April in Alfeld im Vereinshaus.
 - Dienstag, 8. April in Hannover im Konzerthaus.
 - Mittwoch, 9. April in Wülfel im Wülfeler Biergarten.
 - Freitag, 11. April in Braunschweig im Konzerthaus.
 - Sonabend, 12. April in Schöningen in Klepps Garten.
 - Sonntag, 13. April in Achterleben im Saale „Otto Levin“.
 - Montag, 14. April in Helmstedt im Saale „Stadt Hamburg“.
 - Dienstag, 15. April in Wolfenbüttel im Saale „Zum Jollen“.
 - Mittwoch, 16. April in Nordhausen in der Hofnung.
 - Freitag, 18. April in Stendal bei R. Grothe.
 - Sonabend, 19. April in Tangerhütte im Saale „Stadt Magdeburg“.
 - Sonntag, 20. April in Weimar im Volkshaus.
 - Montag, 21. April in Erfurt im Zivoli.
 - Dienstag, 22. April in Apolda im Bürgerverein.
 - Mittwoch, 23. April in Jena im Gewerkschaftshaus.
 - Freitag, 25. April in Eisenach im Zivoli.
 - Sonabend, 26. April in Mühlhausen i. Th. im Thüringer Hof.
 - Sonntag, 27. April in Benshausen bei Suhl im Grünen Baum.
 - Montag, 28. April in Jella-St. Wl. bei Suhl im Deutschen Kaiser.
 - Dienstag, 29. April in Suhl in der Zentralthalle.

Korrespondenzen.

Former.

Speyer. Die Firma Pokorny & Wittelind ist gesperret. Die Arbeiter dieses Betriebes haben die im dortigen Industriebezirk übliche Arbeitszeit von 56 Stunden und die Umrechnung der Löhne sowie die übliche Entschädigung für Ueberzeitarbeit verlangt. Die Organisation der Metallindustriellen hat sich zu dem Verlangen der Arbeiter nicht ablehnend verhalten, doch hat sie vorgeschlagen, daß die Arbeiter mit der 57stündigen Arbeitszeit einverstanden sein möchten. Dazu waren die Arbeiter um des lieben Friedens willen auch bereit, aber die Firma hat nicht nur nicht mit den Arbeitern verhandelt, sondern ihnen rund heraus erklären lassen, „daß sie sich von niemand etwas dreinreden lasse“. Mit einer solchen Antwort sind die Arbeiter nun doch nicht zufrieden. Zugug ist streng fernzuhalten.

Arbeitsverhältnisse trotz aller Schorfmaßergeliste zu verhoffen den höchsten Gleisereien sind die Zustände nicht nur verhoffen bedürftig, sondern die Kollegen haben noch ein großes Stück zu leisten, bis ihre Verhältnisse denen der übrigen Formerlande gleichkommen. Zahlreiche Mängel der hygienischer und starker Art sind in den Gleisereien vorhanden. Aber auch handlung durch die Vorgesetzten läßt viel zu wünschen übrig. Dauerlich ist es, daß diese Leute, die von den Vorgesetzten handelt werden, nicht den beschwerdeweg beschreiten. Der unserer Auffassung würde die Direktion unter keinen Umständen derartige Behandlung der Arbeiter dulden. Es besteht auf zu viel Furcht davor, alle diese Dinge an der richtigen Stelle zu bringen. In der Carolinenhütte liegt manches im argen würde der neue Gewerkschaftsinspektor ein reiches Arbeitsfeld. Denn Leben und Gesundheit der Arbeiter sind dort sehr hart geschädigt. Daß aber die Zustände so sind, daran hat Former in diesem Betrieb allein die Schuld. Würden die mehr den Gedanken der Organisation pflegen, sich zusammenfinden könnten, auch sie in der Lage sein, die Zustände verbessern können. — So manches könnten wir noch aus dem Will- und gebiet berichten, doch für heute genug. Wenn unsere durch Kollegen in dieses Gebiet kommen, dann mögen sie den Arbeiter, hier kräftig mitzuarbeiten. Geschicht das, dann andere, bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Unser Verbandskollegen in Wehlar werden mit aller Ruhe weiterarbeiten. Letzte Former und Gleisereiarbeiter muß für den Deutschen Arbeiter-Verband gewonnen werden. Diese Organisation aller ihr Schutz und Halt in allen ihren Leiden und Kämpfen, die führen haben.

Metallarbeiter.

Chemnitz. Ueber Lohnreduktionen und Lingsausübung bei der Firma Rudolf Waprasch Kollege Franz am 4. März in einer Versammlung Arbeiter des Betriebes. Der Referent führte aus, von den nehmern werde bei Lohnreduktionen mit dem Einwande o daß man die höchsten Löhne und die besten Arbeitsverhältnisse aber bei dieser Firma noch etwas hinzu, die Arbeiter der jugendlichen Arbeiter und die Lehrlingsausbildung. jugenblischen Arbeitern zähle man nur 1/2 des Marktpreises. treibt die Firma Barthele Schmutzkonzurrenz. Die Arbeiter Betriebe haben darunter zu leiden. Die Firma stellt Hunderte Artikeln her. Die jungen Leute, die bei der Firma 4 Jahre müssen, erhalten, wie uns berichtet wird, immer nur eine be Arbeit. Es soll selten vorkommen, daß ihnen einmal eine Arbeit gegeben wird. Wenn sie 4 Jahre gelernt haben, können nichts leisten. Ein Dreherlehrling, der auch 4 Jahre gelernt hatte in einem halben Jahr sechs Stellen und mußte sich Kellner werden. Ein anderer Lehrling wurde während der jährigen Lehrzeit nur mit dem Zusammenschrauben der Ventil schäftigt. Nach der Lehrzeit glaubte er, er könne Monteur n es hat sich aber herausgestellt, daß seine Kenntnisse gerade Handarbeiter ausreichten. Aber die Firma ist doch auf das kommen der Lehrlinge bedacht, denn jedes Jahr zu Ostern die Prüfungsarbeiten machen, freilich fast immer nur Söhne in die Lehre geben, erst bei den Verwaltungstellern Degantaktionen erkundigen, ob Lehrlinge in dem Betriebe ausgebildet werden, wie es für deren Fortkommen erforderlich hat sie auch jedem Lehrling, der bei ihr beschäftigt i der ihr einen neuen Lehrling zuführt, 2 M. versprochen. Es noch in einem andern Betriebe der Selbstmetallindustrie ein vertrag, wonach man dem Lehrling von seinem Vorkorbberier Woche einen bestimmten Betrag abzahlt; das gesparte Geld dem Unternehmer zu, wenn der Lehrling nach Beendigung Lehrzeit nicht noch ein weiteres Jahr bei der Firma arbeit. In der Maschinenfabrik von C. G. Sauerbald sich die Meister Ehrhardt und Kade gegen die Ver recht unlesbar bemerkbar. Wenn sie einen Arbeiter in der unterstellten Abteilung antreffen, der Arbeiter oder in einer Abteilung arbeitet, fordern sie dessen Entlassung. So wird Arbeiter vom Meister Kade angegriffen, als er ein Stück zeug aus einer andern Abteilung holte. Der Meister nannte Arbeiter A. u. f. w. t. e. g. l. e. r. u. s. e. r. Wenn er ihn noch antreffe, werde er ihn hinausbringen. Der Arbeiter war sich Pflichtenverletzung bewußt, stellte den Meister zur Rede und ver Beweise für die Anschuldigungen, jedoch konnte er ihm keine weis erbringen. Trotzdem kam aber der Meister, dem dieser W unterstellt war und teilte ihm unter Ausdrücken des Bedauerns er müsse ihn entlassen, denn Meister Kade habe ihn beim D verhaftet. Der Arbeiter wandte sich nun an den Direktor der ihm erklärte, er wisse überhaupt nichts von der Sache. Meister Ehrhardt mußte ein Arbeiter vor der Direktion über schiedene Vorommnisse ausfragen. Dem Arbeiter ist zugub worden, es solle ihm kein Nachteil daraus entstehen, trotz daß Verhalten des Meisters E. gegen diesen Mann nicht einwandfrei. Auch der Meister Kade e. t. macht von sich Er fordert, daß Arbeiter, die auch nur eine Minute zu spät ko sich bei ihm entschuldigen. Hiergegen ließe sich ja eigentlich einwenden, aber Herr K. bestrafte die Leute trotz Entschuld mit 25 bis 50 S. Als Gegenstück zu diesem Vorgehen gege einzelnen Arbeiter ist die Rücksichtnahme gegen die gelben trauensteute zu betrachten. Diese stehen Hundstlang im E herum und agieren für den gelben Sumpf, ohne daß ein E diese Personen stört. Die Direktion hat bis jetzt immer eine St eingekommen, die als objektiv zu bezeichnen war. Durch das Vorgehen einzelner Meister wird sicher diese Ansicht erschüttert.

Düsseldorf. (Christliche Agitation.) Damit unsere Kollegen im übrigen Deutschland einen Begriff davon können, mit welchen Elementen wir uns hier im Westen beschäftigen müssen, wollen wir eine christliche Versammlungsbekanntgeben. Am 9. März hielt der „Christliche Metallarbeiterband in Oberkassel eine Versammlung ab zwecks Agitation. Revor Reupke, der Beamte des „Christlichen“ Verbandes. Zu Versammlung wurden an viele Metallarbeiter des Bezirks der Einladungen verschickt, denen 6 Flugblätter beilagen, die fol Ueberschriften enthielten: „Lügen und Verleumdungen.“ „Wahrheit an die Mitglieder des freien Metallarbeiter-Verband.“ „Die Wahrheit über die Vorgänge in Stuttgart.“ „Ein Ver der Schande für ewige Zeiten.“ „Die gefälschten Unterschriften.“ „Die Fabrikation von Streibrüchen zur Verächtlichung des icken Metallarbeiterverbandes aufgedeckt.“ „Herr Säkerl Geprü hunde heulen.“ — Welchen Inhalt diese Flugblätter haben, n unsere Kollegen ungefähr ahnen. Was da an Demagogie, an Logenheit und bombastischen Redewendungen geleistet wird, ist unglauublich. Wer die sechs Flugblätter nacheinander liest, ist nicht übergibt, der muß anormal veranlagt sein. Diese Flugbl sind sämtlich in den letzten Wochen erschienen. Außerdem mindestens noch sechs weitere. Ein Unorganisierte, der diese dulle liest, muß einen förmlichen Wüßhagen vor der Organisation kommen. Deshalb ist es auch sehr naiv, wenn die „Christl Strategen annehmen, auf diese Weise Mitglieder zu bekommen. die christlichen Mitglieder können der Sache allmählich fast zu den, deshalb geht es auch, trotz aller Breißenagitation, nicht vorwärts. Die Herrschaften haben bei aller Schreiblust verge auch nur eine Zeile aus ihrem Jahresbericht zu veröffentli Das läßt tief blicken. Unfähige Leute kommen doch auf die D weiter.

Düsseldorf-Vertrath. Vertrath, herrlich am Rhein legen, umgeben von wunderbaren Waldungen, ist im bergigen Lande als Ausflugsort gut bekannt und geschätzt. Anders als Hüllfänger urteilen jedoch die Arbeiter, die hier ihren Lebensu halt verdienen müssen. Deutsche Maschinenfabrik, Wittenbau Hlen Kleinblechmalzmer Capito & Klein- und Maschinenwerkstoffe & lering, das sind die Werke, die direkt für den Ort in Betr

kommen. Kleinholz und Gullhausen, zwei Betriebe, die auch zur politischen Gemeinde Benrath gehören, werden sozusagen befristet mit gewerblichen Anlagen. Doch wollen wir uns heute vornehmlich mit speziellen Benrath-Betrieben beschäftigen. Bei der Deutschen Maschinenfabrik sind zurzeit, nach Angabe der Akontentasse, über 1600 Arbeiter beschäftigt. War noch vor 4 bis 5 Jahren der Betrieb in Bezug auf Behandlung und Verdienst als gut zu bezeichnen, so liegt heute die Sache wesentlich anders. Beispielsweise gibt es für Schlosser Einstellungsgehälter von 38 bis 40 M., für Vorarbeiter von 43 bis 48 M. Es findet Vorkaufschlag bei 50 Prozent statt — heißt es gesundheitlich. Seltener ist es jedoch, daß die Schlosser diesen Zuschlag erhalten. Einstellungsgehälter für Dreher gibt es nicht. Sie sollen 75 bis 80 M. verdienen, jagt man bei der Annahme. Die Kalkulation arbeitet jedoch so vorteilhaft, daß selten ein Vorkauf herauskommt, bei dem nicht zugeschrieben werden muß. Auch sehr genau arbeitet die Kalkulation. Vorkauf von 1,19 M., 1,47 M., 1,98 M. und dergleichen sind keine Seltenheit. Interessant wäre es jedenfalls zu erfahren, ob die Theoretiker zu den ausgerechneten Preisen praktisch etwas verdienen könnten. Daß die Firma während der Wechsellage die Folge der Preispolitik. Nun sind die Wohnungsverhältnisse in Benrath zurzeit ganz miserabel. Mancher Arbeiter, der anfangen möchte, weiß es unmöglich ist, passendes Logis zu bekommen. Die Firma ersuchte unlängst in der Presse um Abgabe von Adressen, wo eventuell Leute untergebracht werden könnten, und versprach Gutschein. Doch hat dies auch nicht viel geholfen. Angestellte der Firma haben in Köln mehrere Arbeiter angeworben, die zum großen Teil dem Werk schon wieder den Rücken kehrten. In der Eisenkonstruktion steht der Lohn auf 44 bis 50 M. Auch hier heißt es wohl Vorkauf, aber in den meisten Fällen ist ein Vorkauf nicht zu denken. Dagegen intensives Schichten unter Aufsicht von Meistern und Vorarbeitern. Das Ueberarbeiten steht in schönster Blüte. Dabei muß man unbedingt die Fürsorge der Werkleitung für die Arbeiter etwas näher beleuchten. Durch Vorkaufschlag gab man bekannt, daß die Ueberstunden mit 10 M. Zuschlag vergütet werden. Die Arbeitszeit beträgt 59 Stunden die Woche. Der Zuschlag tritt erst dann ein, wenn 59 Stunden die Woche geleistet sind. Hat zum Beispiel ein Arbeiter fünf Stunden geleistet, so tritt erst bei der sechsten Ueberstunde der Zuschlag in Kraft. Jedenfalls ein feines Geschäft für die Firma. Nun wird angeführt, man wolle damit die Hummel treffen. Wenn dazu keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, sollte man lieber die Finger davon lassen. Es sind noch weitere Mißstände vorhanden, die auch schon in der Presse kritisiert wurden. Bemerken wollen wir noch, daß ein Fabrikgefangener sowie ein Werkereiner befehligt, und letzterer zum Teil Mitglieder für den ersten liefert. Bei der Firma Brückenbau Hender sind die Verhältnisse ebenfalls keine rosig. Schichten und Antreiben steht auch dort in voller Blüte, dazu sehr oft eine Behandlung, die manches zu wünschen übrig läßt. Schichtenerlöse von 5, 8, 10, ja 13,75 M. und dierige Strafen sind keine Seltenheit. Es ist erklärlich, daß auch in diesem Betriebe ein ständiger Wechsel stattfindet, jedenfalls nicht zum Besten der Firma. Auch dieser Betrieb wurde schon verschiedentlich in der Tagespresse kritisiert. Bei Capito & Klein sind Zustände, wie die so oft geschilderten in den Günterwerken. Ein Arbeiter von der Walze fuhr morgens um 4 1/2 Uhr den Schrott zum Lagerplatz. In der Dunkelheit verlor er sich an der Hand und ist dadurch zwei Wochen arbeitsunfähig geworden. Als er dem Meister meldete, er müge für bessere Beleuchtung sorgen, erhielt er zur Antwort, er würde sich eine Taschenlampe mitbringen. Bei Halle & Zellering wurde am 15. Januar dieses Jahres ein Abzug von 5 Prozent bekannt gegeben. Am 13. Februar erhielt eine Kolonne bei der Auslösung 10 M. zu wenig. Auf Beschwerde erhielten die Leute den Bescheid, zum Lohnbüro zu gehen. Dort wurde erklärt, im März wird das Geld ausgezahlt. Als sich einer der Arbeiter eine harmlose Bemerkung erlaubte, wurde der Schalter geschlossen. Nachmittags wurden die Leute vom Meister angefahren: Wenn ihr euch noch einmal so frech auf dem Lohnbüro benehmt, schmeißt ich euch alle heraus. Zu den Abzügen noch dieser Hohn. Nun ist eins zu beachten: Ein großer Teil der auf den hiesigen Werken beschäftigten Arbeiter ist vom Lande und schwer für die Organisation zu gewinnen. Der Bezirk Benrath hat die stärkste Fluktuation in der Verwaltungskasse Düsseldorf. Daß unter diesen Umständen die in der Organisation tätigen Kollegen ein reiches und schmerzliches Arbeitsfeld haben, ist klar. Die einzelbetrieblichen Kollegen können die Arbeit nicht allein leisten und sind dabei auf die Hilfe der Jugendreihen angewiesen. Diese geben gewöhnlich eine kurze Wartezeit. Würde sich ein Teil unserer zureichenden Kollegen einmal dazu entschließen, längere Zeit hier zu arbeiten, die Sache würde bald ein anderes Gesicht bekommen. Also, Kollegen, habt ihr die Absicht, Benrath mit eurer Anwesenheit zu bereichern, überlegt's euch zweimal; kommt ihr aber in der Absicht, uns als Kämpfer zur Seite zu stehen — ein Segner ist hier kein Mangel —, dann seid ihr uns herzlich willkommen.

Frankenthal. Der Arbeiterausschuß der Schwere Frankenthal wurde, ausgehend durch den früheren Formmeister Aligauer, von zwei im Fabrikarbeiterverband organisierten Kollegen des Arbeitererrats beauftragt. Eine Untersuchung der Angelegenheit durch die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Fabrikarbeiterverbandes hat das Ergebnis gezeigt, daß die aufgestellten Behauptungen jeder Unterlage entbehren, daß im Gegenteil die Vertreter des Arbeiterausschusses in vollem Maße die Interessen der Arbeiter gegenüber der Direktion gewahrt haben. Durch die Untersuchung wurde der Beweis erbracht, daß der Formmeister Aligauer ein frivoles Spiel mit den Arbeitern getrieben hat, um diese unzureichend zu machen, was seinem früheren Verhalten die Krone aufsetzt. Aligauer wurde übrigens schon vor Monaten von den Gewerkschaften entlassen. Die beiden Kollegen H. von Ewigheim und H. von Lambheim, beide Hilfsarbeiter und im Verband der Fabrikarbeiter organisiert, haben durch Unterschrift gegenüber den beiden Organisationen die Erklärung abgegeben, daß sie von dem Formmeister Aligauer dupiert worden sind und infolgedessen ihre Aussagen und Behauptungen, die sie gegen den Arbeiterausschuß der Schwere gemacht haben, mit dem Ausdruck des Behauerns zurücknehmen.

Königsberg i. Pr. Der Streik bei der Union ist am 12. März mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Näherer Bericht in nächster Nummer.

Oberhausen (Rhd.). In einer Vertikalsprechung der Arbeiter der Firma Bahnd & Wilcox fand auf der Tagesordnung: Ein kritischer Rundgang durch die Arbeitsräume bei der Firma Bahnd & Wilcox. Der Referent, Kollege H. Penhorn, brachte eingangs seiner Ausführungen, daß es wohl in Oberhausen wenig Betriebe geben würde, die ein so raffiniert ausgelegtes Arbeits- und Lohnsystem hätten wie die Firma Bahnd & Wilcox. Es sei ihm gelungen, sich an der Quelle von den Zuständen zu überzeugen. An dem allgemaligen Fortschritt vorzubehalten, habe er sich nach dem Andieheraum der Arbeiterbetriebe bemüht. Dies sei eine kleine, dicht am Bahndamm gelegene Hütte und biete höchstens Platz für 15 Personen, werde aber benutzt von 30 bis 40 Personen. Schichtende sind nicht darin vorhanden. In diesem Räume stehen sich auch die Arbeiter um und nehmen zum Teil die Maschinen ein. Verschleißbar ist nichts. Die Arbeiter, in deren Nähe Keiner darf sein, seien von dem Platzmeister dieses Raumes als „Kontrollposten“ angesehen worden. Eine Spezialität dieses Raumes sei das fortwährende Antreiben der Arbeiter. Dieses dürfte es sich empfinden, andere Arbeiter organisieren, denn das fortwährende Antreiben erzeugt Unruhe und Erbitterung. Da es ziemlich kalt gewesen sei an dem frostigen Tage, so hätten sich die Arbeiter an einem draußen stehenden Ofen für einen Augenblick wärmen wollen. Sofort habe aber Meister Trienes darnach geschrien und den Ofen einfach umgeworfen und mit Abhängigkeit gedroht. Der Lohn für die Arbeiter beträgt 33 bis 40 M. pro Stunde. Auf die Frage nach der Organisationszugehörigkeit sei ihnen verschiedenes kein Begegnung. Als die Arbeiter einmal Ueber-

stunden verteuert hatten, durften sie „zur Belohnung“ 6 Wochen lang keine Ueberstunden mehr machen, und in der Mittagsstunde durften sie nicht mehr arbeiten. Der Schmerz der Leute war verständlich angesichts des geringen Stundenlohnes. Unter den Arbeitern gab es mehrere, die in 12 Schichten bis zu 235 Arbeitsstunden geleistet hatten! Bei einer solchen Stundenzahl kann natürlich von wirklichen Arbeiten keine Rede mehr sein. Dann kam Redner in die Dreherei und sah dort gleich beim Eingang, wie ein etwa 18jähriger junger Mann Rippenhöhe und Taille von einem älteren Manne auf einer gewissen Körperstelle belam. Drehermeister B u h war es, der diese Erziehungsmethode anwandte. Unter solchen Umständen wird es für die jugendlichen Arbeiter in der Dreherei auch kein besonderes Vergnügen sein, dort zu arbeiten. In der Dreherei wird in Vorkauf gearbeitet. Wer mit seinem Vorkauf nicht hoch genug kommt, mag sehen, wie er fertig wird. Vorkauf oder Abschlag auf noch nicht geleistete Arbeiten gibt es nicht. Der Verdienst der Dreher schwankt zwischen 5 bis 9 M. Die Dreherkräfte müssen sich die Dreher zum größten Teil selber vorrichten, bezahlt wird dafür nichts. Auch hier fehlt noch sehr vieles, bis man sagen kann, die Werkstätte ist gut. Eine der größten Abteilungen des Betriebes ist die Schlosserei. Auch hier gibt es keinen Stundenlohn, nur Vorkauf. Es verdienen die Helfer in der Kolonne 40 bis 55 M., selten 60 M. im Vorkauf pro Stunde, der Kolonnenführer dagegen 70, 80 M., bis 1 M., also bis 10 M. in zehn Stunden! Der Vorkauf sagt: der Kolonnenführer treibt und schreit. Dieses Vorkaufsystem ist wohl das schlimmste, was man als Arbeiter mitmachen muß. Daß auch hier das System der Ueberstunden den Gang und Gabe ist, versteht sich von selbst. In 12 Schichten 170 bis 180 Stunden sind keine Seltenheiten. Meistens wird wohl 12 Stunden pro Tag geschafft. In der Schleiferei ist die Arbeit weniger angenehm. Selbst zweimal 36 Stunden und einmal 24 werden pro Woche gemacht. Dadurch herrscht stets Streik und Zank unter den Kollegen. Leider muß angeführt werden, daß auch ein größerer Teil der Arbeiter sich freiwillig zu Ueberstunden drängt. Bei den Schmiedern und Kesselschmiedern mußte Redner sich auf seiner Wanderung wie ein Jongleur durchwinden. Die Kesselschmiede arbeiten ebenfalls in Kolonnen und die Verhältnisse sind fast so wie bei den Schlosserkolonnen. In der Schmiede war zunächst vor Rauch und Qualm kaum ein Mensch zu erblicken. Man muß sich erst an die Atmosphäre gewöhnen. Arbeit in Stundenlohn gibt's auch hier nicht, nur Vorkauf. Die Zuschläger verdienen 5 bis 6 M., Schmiede 7 bis 9 M. Hier wird auf Kosten der Zuschläger gespart. Sie kommen kaum zum Atemholen. Nur „immer drüpp“, heißt es in der Zeit, wenn das Eisen warm gemacht wird. Haisen gibt es in diesem Betriebe kaum. Daß bei solchem System die Firma den Nutzen hat, sehen diese unaufgeklärten, kurzschichtigen Leute nicht ein. Es ist kaum glaublich, wie beschränkt dort alles ist. Das Werk wird immer größer und die Leute werden immer enger zusammengedrückt. Daß keine Ventilation in dieser Werkstätte, daß das Dach undicht ist und alles in der Hütte durcheinander regnet, scheint Niemandem zu genieren. Von der Gießerei ist bekannt, daß fast immer jemand unterwegs ist, um Formern anzuprüfen. Auch der Meister B a n t l o h hat in der Anordnung Routine. In der Maschinenformerei kann gearbeitet werden von morgens 4 Uhr bis abends 6, 7 und 8 Uhr. In Vorkauf wird verdient von 60 bis 70 und 80, auch 100 M. in 12 Schichten, ja in einzelnen Fällen bis zu 250 M. Diese Ausnahmen können aber nur in ganz besonders günstigen Fällen erreicht werden, je nachdem, wie der betreffende Formern zum Meister steht. Ein kollegialer Verkehr unter den Maschinenformern scheint nicht in Frage zu kommen. Jeder für sich und alle — gegeneinander, heißt es dort spöttisch. Einigkeit scheint ihnen ein unbekannter Begriff zu sein. Eingehen von den Maschinenformern sollte die Firma nur ein Bett in der Fabrik zur Verfügung stellen, dann könnten sie nach Herzlust arbeiten und brauchen überhaupt nicht nach Hause zu gehen. Die K e r n m a c h e r können trotz aller Mühe und Anstrengungen kaum 7 M. verdienen. Auch hier fehlt die Solidarität und Einigkeit. Bei den S a n d f o r m e r n muß man die Augen schärft anstrengen, um durch den Staub sehen zu können. Man sagte sich dort gegenseitig sein Leid über das „Regiment Banloch“. Aus den Mitteilungen der Leute ging hervor, daß der Meister Banloch die Leute verschiedentlich behandelt. Zum Beispiel auf Plutostoffen macht er stillschweigend Abzüge. Wer sich das nicht gefallen läßt, kann sich den Betrieb von außen ansehen. Eine Verhinderung mit den Formern hat der Meister nicht nötig, denn will einer nicht nach der Meise tanzen, kann macht es ein anderer, wer Widerspruch wagt, ist am längsten dagemien. 2 bis 4 Formern sind fast immer nach der Zahlung am Reklamieren, müssen zum Portier oder Lohnbüro kommen. Die Verteilung der Arbeiten wird sehr kritisiert. Die Formern vermuten trübsüchtig, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft oder die Herkunft aus der Gegend von Gebersberg einen Einfluß auf die Vergebung der Arbeiten haben. Viele Ueberstunden sind auch hier gemacht und gabe. Trotz aller dieser Umstände können einzelne doch nicht recht was verdienen. Die Mißstände in sanitärer und hygienischer Beziehung sind so vielfältig, daß nur die größten angeführt werden können. Vielleicht fehlt der Gewerbeinspektor dort auch mal nach. Für die im Betriebe beschäftigten Personen, zirka 700 Arbeiter, stehen nur 11 Aborte zur Verfügung. Früher, bei weniger Personal, waren einige mehr vorhanden, infolge Vergrößerung der Gießerei sind aber mehrere abgerissen. Ersatz ist nicht geschaffen. Singu kommt, daß dieser Ort von einer Anzahl jüngerer Arbeiter als „K a u f l o r n“ betrachtet wird. Ein fortwährendes Gedränge an diesem Ort ist bei dem Mangel an Einrichtungen selbstverständlich. Die B a d e a n s t a l t weist fünf Zellen für die gesamte Arbeiterzahl auf, die fast immer gebrauchsunfähig sind. Seit zirka einem Jahre soll wohl kaum warmes Wasser zu bekommen gewesen sein. Winter fehlt auch das kalte. Es ist ein Hohn auf den Begriff einer Badeanstaltung. Die B a d e e i n r i c h t u n g ist für die meisten Abteilungen ein unbekannter Begriff. In der Schlosserei kann man besondere Wohlgerüche, die aber teilweise Eigentum der Arbeiter sind, in vielfacher Gestalt sehen — Eimer, alte Töpfe, alte Kompostbüchsen zc. Das sieht aber der Herr Betriebsleiter Weber ansehnend nicht. Dagegen steht er sofort, wenn einzelne Arbeiter sich um einige Minuten vor Schluß der Arbeitszeit waschen. Daß weiter nur ein S p e i s e r a u m für zirka zwei Duzend Arbeiter vorhanden, ist gleichfalls ein arger Mißstand. Die Plagarbeiter können nicht unterkommen, die Formern, Schmiede zc. müssen in den umgebenen Räumen ihre Mahlzeiten einnehmen. Ueber mangelhafte Schutzbearbeitungen ein anderesmal. Nur eins sei noch erwähnt. In genannten Betriebe wird eine Anzahl Arbeiter zu Monatslöhnen beschäftigt. Es wird gezahlt von 125 M. bis 160 M. pro Monat. Diese Monatsarbeiter müssen jede verlangte Ueberstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit ohne jede weitere Bezahlung leisten. Dagegen wird jede Stunde, die sie mit oder ohne Vergütung fehlen, ihnen vom Lohn abgezogen. Monatslöhne gibt es fast in allen Branchen, bei den Reparaturschlossern, Maschinen, Klempnern, Vorarbeitern (auch von Plagarbaitern), Magazinalarbeitern, Bureauarbeitern und auch Nachtarbeitern. Diese Monatslöhne machen sich sicher für die Firma bezahlt. So nebenbei sei daran noch bemerkt, daß der Portier, über dessen Papiere fast allseitig geklagt wird, einen Handel mit Bier, Gerstener Sprudel, Sekt und sonstigen alkoholfreien Getränken treibt. — Arbeiter, Kollegen! Wenn ihr diese Zustände ändern wollt, so tretet ein in die Reihen der kämpfenden Metallarbeiter. Hinein in die Organisation! Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Thorn-Mosier. Die Arbeiter der Firma Bohn & Schüge haben am 11. März beschlossen, die Arbeit einzustellen. Zutug ist fernzubehalten.

Walzwerksarbeiter. Am 14. Februar wurden die Arbeiter des Wittener Gußwalzwerks, Abteilung Drahtwalzwerk, mit einem Vorkaufschlag von 28 Prozent überzahlt. Eine Kommission, die mit der Vertretung und Direktion mehrmals verhandelte, konnte nichts er-

reichen, so daß die Kündigung eingereicht wurde. Bevor die Kündigung ausgelassen war, wollte die Kommission nochmals bestehen, wurde aber abgewiesen. Am 6. März traten dann schließlich Drahtwalzer und auch bis auf einige Mann die übrigen Drahtwalzwerksarbeiter in den Streik. Daß die Firma infolge dieses Abzugs mit einem Streik rechnen, geht daraus hervor, daß der Betriebsleiter Gieseler schon vor der Bekanntmachung des Abzuges mit auswärtigen Drahtwalzern wegen Einstellung in Verbindung gesetzt hat. Damit die anderen Drahtwalzwerke nicht sehen sollte, daß die Briefe vom Wittener Gußwalzwerk kamen, wurde eine Drahtwalzer seine Adresse als Absender auf dem Briefumschlag angegeben. Leider ist es der Betriebsleitung gelungen, 5 Arbeitervillige von Schalte zu bekommen, darunter sind der Walzmeister Schmierbed, die Walzer Guttmann und Richter. Bis jetzt haben diese 5 Kapitalflüchtigen der Firma noch keinen großen Profit gebracht, denn es wird mehr Schrott als Qualität gewalzt. Von den Streikenden selbst ist noch keiner abgefallen. Sollte es gelingen, den Zusammenhang, so wird die Direktion trotz der 5 Arbeitswilligen zu jenen sein, ihrer früheren Belegschaft entgegenzukommen. Zugleich von Drahtwalzwerksarbeitern ist streng fern zu halten.

Rundschau.

„Ein bedauerlicher Prozeß.“

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung vom 9. März 1912 eine Kritik des im Vorwärts, in der Leipziger Volkszeitung u. s. w. erschienenen Westmeyer'schen Berichtes über die Gerichtsverhandlung in Sachen Stalsky gegen Westmeyer. Wegen dieser Kritik der Metallarbeiter-Zeitung und weil ihr Redakteur Joh. Scherm in der Stuttgarter Parteibewegung eine „unheilvolle Rolle“ gespielt haben sollte, wurde in der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart vom 29. März 1912 der Antrag gestellt und angenommen, gegen Scherm das Verfahren auf Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei einzuleiten. Der Landesverband der Sozialdemokraten Württembergs lehnte den Ausschluß Scherm's ab. Das von den Klägern beantragte Schiedsgericht, das am 10. März 1913 über die Sache verhandelte, kam nach umfassenden Verweiserhebungen zu dem einstimmigen Beschluß, daß die auf Grund des § 26 des Parteistatuts verlangten Veranlassungen für die Einleitung eines Ausschlußverfahrens nicht gegeben sind.

Ein Mahnruf an die organisierte Arbeiterschaft!

Zu Ostern werden wieder Tausende junger Mädchen die Schulen und gleichzeitig das Elternhaus verlassen, um fern von der Heimat ihr Brot als Dienstmädchen zu suchen. Mehr noch als die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen sind die jungen Dienstmädchen den Gefahren des Lebens und der Erwerbsarbeit schutzlos ausgesetzt. Die häuslichen Verhältnisse, in die sie jetzt kommen, sind gänzlich andere, als sie ihnen bisher bekannt waren. Dazu kommt häufig das Leben in der fremden Stadt, mit den anderen Wohnstätten, so daß das junge Mädchen nicht abschätzen kann, ob die Bedingungen, unter denen es Beschäftigung annimmt, den Anforderungen der Stellung entspricht.

Zwar wird der Verkehr mit anderen Mädchen auch Aufklärung über die am Ort üblichen Arbeitsbedingungen schaffen. Diese Aufklärung und auch die Verständigung über andere Dinge wird aber erschwert durch das Alleinarbeiten der Mädchen, das Gebundenheit durch das Kost- und Logiswesen und durch die für Dienstmädchen geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Noch immer unterliegen häusliche Dienstmädchen den Bestenordnungen, die den Herrschaften sogar das Rücktrittsrecht geben, ihnen gestatten, das ohne Kündigung fortgezogene Mädchen zwangsweise durch die Polizei zurückholen zu lassen und Streittigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Klagen über zurückbehaltene Löhne, einbehaltene Sachen u. s. w.) mit wenigen Ausnahmen an die ordentlichen Gerichte weisen.

Durch diese Zustände veranlaßt, sind die häuslichen Dienstmädchen weit mehr als gewerbliche Arbeiterinnen von der Laune der Arbeitgeber abhängig. Außerdem sind die wenigsten über das Unterrichtet, was sie gesetzlich zu verlangen haben und welche Wege sie gehen müssen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Die sich hieraus ergebenden Folgen, deren Wirkungen noch erhöht werden durch die im Berufe übliche gewerbsmäßige Stellenvermittlung, treffen natürlich in erster Linie die jungen Mädchen, die unerfahren und berufsfremd Stellung als Dienstmädchen annehmen. Für sie ist es deshalb besonders wichtig, eine Stelle zu wissen, wo sie sich Rat holen können, die ihnen Schutz und Halt bietet, auch Gelegenheiten schafft, kollegialen Anschluß an ihre Berufsgenossinnen und gefällige Unterhaltung zu finden.

Diese Aufgaben erfüllt der Verband der Hausangestellten.

Alle Eltern sollten deshalb ihren Kindern, die Stellung als Dienstmädchen annehmen wollen oder innehaben, dringend raten, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen, auch die unentgeltliche Stellenvermittlung des Verbandes in Anspruch zu nehmen. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Unterstützung in Krankheitsfällen, Aufklärung und gefällige Unterhaltung und ver sucht überall dort, wo es gelingt, Mitglieder zu gewinnen, unentgeltliche Stellennachweise zu erteilen. In den drei Jahren seines Bestehens hat der Verband verschiedentlich Beweise für seine Wirksamkeit erbracht, die natürlich noch erheblich gesteigert werden wird, wenn es gelingt, ihm mehr Mitglieder zuzuführen. Auch aus diesem Grunde sollte die organisierte Arbeiterschaft ihre Familienangehörigen, die Stellung als Dienstmädchen innehaben oder annehmen wollen, veranlassen, sich dem Verbande der Hausangestellten anzuschließen. Sie würde dadurch beitragen, einer Arbeiterkategorie, die von der Gesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin bisher stets recht stiefmütterlich behandelt worden ist, die Selbsthilfe zu ermöglichen.

Die Adresse des Verbandes ist: Zentralverband der Hausangestellten, Berlin S. O. 16, Engelauer 21, III.

Arbeitskämpfe und Konsumgenossenschaften.

Von Zeit zu Zeit wird die Öffentlichkeit durch die Mitteilung aufgeregt, daß in dem oder in jenem Gewerbe der zwischen den Unternehmern und den Arbeitern geschlossene Arbeitsnormen- oder Tarifvertrag ablaufe. Die oft weit über die Beteiligten des betreffenden Gewerbes hinausgehende Erregung hat ihren Grund in der Befürchtung, daß es aus Anlaß des Ablaufs dieser Verträge zu ausgebehten und langwierigen Streiks oder Aussperrungen mit ihren für das Wirtschaftsleben wütrigen Begleiterscheinungen kommen werde. Auch in diesem Jahre berichten die Zeitungen wieder von Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer verschiedener Gewerbe wegen der Erneuerung von abgelaufenen Arbeitsnormenverträgen. Mancher überschlägt da besorgt: Kommt er — der Kampf — oder kommt er nicht?

Beide Parteien prüfen auch schon für den Ernstfall ihre Widerstandsmöglichkeiten und ihre Verteidigungsmittel. Nach der letzten großen Aussperrung im Baugewerbe Deutschlands behandelte ein Schriftsteller, der unter dem angenommenen Namen Barbus schreibt, in einer Broschüre den gewaltigen Kampf und er maß an ihm die Abwehrmöglichkeiten der Gewerkschaften in den zukünftigen Arbeitskämpfen. Dabei wurden an einigen Stellen auch die Konsumgenossenschaften erwähnt. Barbus meinte, daß die Arbeiter, was den Kredit bei den Händlern anlangt, diesen am sichersten seien und er fuhr fort:

„Über die Ketten Geschäftleute sind selbst nicht in der Lage, bauernd Kredit zu gewinnen. Fragt man sich nun, wie denn die Sache anders, ausgiebiger und sicherer gemacht werden könne, so ist man sofort auf die Konsumvereine zu denken. Was der kleine Krämer kann, dazu sind auch die Konsumvereine imstande: sie können an ihre Mitglieder im Falle einer Arbeits-

stellung Kredit gewähren. Nur müssen die Massen eben als Massen auftreten, während sie jetzt bei jeder Arbeitseinstellung in einzelne Konsumenten aufgelöst werden. Da wir es in den Konsumvereinen mit größeren Handelszentralen zu tun haben, so können die Gewerkschaften zu ihnen in ein bestimmtes Geschäftsverhältnis treten, was bei den kleinen Geschäftsleuten ausgeschlossen ist. Indem die Gewerkschaften sich auf die Konsumvereine stützen, können sie ihrerseits durch solidarische Haltung die Konsumvereine decken. Wenn man es mit Massenwirkungen zu tun hat, müssen die Gesetze der Ökonomie genau beachtet werden. Eine Million Mark, verteilt unter hunderttausend Streikende, gibt mehrere hunderttausend kleine Ausgaben, die in der kaufmännisch ungewöhnlichsten Weise vor sich gehen; dieselbe Million in den Händen des Konsumvereins gibt unbedingt viel mehr aus. Was man zu der Ernährung einer streikenden Masse braucht, das sind in der Hauptsache Brot, Kartoffeln, Fett und Milch; durch Massenkauf, Eigenproduktion und Massenabsatz können die Konsumvereine alle diese Gegenstände viel billiger beziehen, so daß man wohl rechnen kann, daß dadurch allein schon jeder Unterhaltungsstag sich in anderthalb Tage verwandeln würde! Es gelten für die Massen der Streikenden dieselben wirtschaftlichen Gesetze, wie für die Massen in der Kaserne. Es wäre doch unerhöht, wenn die Arbeiterverwaltung ihren Bedarf bei kleinen Kräften einkaufen wollte, oder wenn man es jeder kleinen Abteilung überlassen würde, sich mit Subsistenzmitteln zu versorgen! Das geschieht aber noch immer bei den großen Streiks. Die Organisation des Einkaufs und der Zufuhr der Nahrungsmittel bildet die wichtigste Grundlage der modernen Arbeiterverwaltung, und so müssen es auch die Gewerkschaften lernen, bei ihren großen Kämpfen die Nahrungszufuhr vorteilhaft zu gestalten. Das können sie nur im Anschluß an die Konsumvereine."

Besonders noch an anderen Ausführungen über die mögliche Wirksamkeit und die jetzige Arbeit der Konsumgenossenschaften erkaunt man, daß Marcus über die Arbeitsgrundlagen der modernen Konsumgenossenschaften nicht genauer unterrichtet ist. So erklärt er, daß jede Million, die man dem Konsumverein hinzugeht, schon deshalb mindestens eine zweite Million Kredit bedeute, weil die Konsumvereine mit längeren Zahlungsfristen arbeiten! Auch was Marcus in den vorhin mitgeteilten Sätzen vorschlägt, geht in der gedachten Ausführung irre. Er zählt das Pferd beim Schwanz auf. Die Hauptsache bei der geschickten Sachlage ist doch wohl, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst Mitglieder der Konsumgenossenschaften werden und daß sie es weiter nicht erst dazu werden, wenn ein langwieriger Arbeitskämpf droht. Der Kluge Mann baut auch da vor! Er baut auch vor allem insofern vor, als er die Einrichtung der in Notzeiten höchst wichtigen Spar- und Konsumvereine der Konsumgenossenschaften unterstellt und zu ihrem weiteren Ausbau beiträgt. Das ist eine viel wirksamere Art, wie die Arbeiter bei Arbeitskämpfen aus ihrer Konsumvereinsmitgliedschaft Nutzen ziehen können, als wenn sie erst bei dem Ueberschub der Arbeitslosigkeit "kaufmännisch zweckmäßig" vorgehen wollten. Erstreckt man sich auch die Gewerkschaften immer mehr ein und sie unterrichten ihre Mitglieder dahingehend. Es ist ja auch leicht einzusehen, daß eine ständig arbeitende Einrichtung weit besser, weit ausgedehnter wirken kann, als wenn sie plötzlich oder gar völlig unerwartet und ohne bestimmte Erfahrungen für den Fall eingreifen sollte. Zwar empfiehlt auch Marcus den Arbeitern mit Rücksicht auf die Arbeitskämpfe den Eintritt in die Konsumgenossenschaften durchaus, er weist darauf hin, daß besonders bei großen Streiks die Arbeiter in Massen den Konsumvereinen zugeführt werden könnten. Er meint weiter, die Gewerkschaften könnten auch dazu übergehen, die Unterstellungen statt in barem Geld, in Anweisungen auf die Konsumvereine auszugeben.

Schon aus dem Grunde, weil andernfalls leicht ein Anlaß gefunden werden könnte, die dauernde Mitgliedschaft bei den Konsumgenossenschaften zu unterlassen, kann keine Rede davon sein, die Konsumgenossenschaften hauptsächlich oder wesentlich bei den Arbeitskämpfen selbst wirksam werden zu lassen. Was die Konsumgenossenschaften leisten können, ist nur möglich, wenn die Massen des Volkes dauernd in ihnen die beste Form für die Beschaffung ihrer Verbrauchsgüter sehen und dauernd dementsprechend handeln. Jede Verkümmern oder Gefährdung dieser breitesten Grundlage würde eine Bindung der Wirksamkeit bedeuten, allgemein und natürlich dann auch für einzelne Fälle.

Daß allerdings in den unruhigen Zeiten der drohenden Arbeitslosigkeit die Wichtigkeit der dauernden und frühzeitigen Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften von den bedrohten Arbeitern besonders gewürdigt werden sollte, wäre gewiß zu wünschen. Um so mehr, je weniger die beteiligten Arbeiter sonst für Notfälle gesichert sind.

Streikende Eisenbahner bei Thym.

In Hamborn am Niederrhein, einem der Orte, wo der Industriegehalt die Eisenbahn keine Herrschaft als ungezügelter König ausübt, sahen sich am 1. März die Lokomotivführer, Heizer und Maschinisten der Gewerkschaft "Deutscher Kaiser" genötigt, in den Streik zu treten. So wie in diesem Betriebe die Verhältnisse liegen, ist über die Ursache dieses Streiks wenig in die Öffentlichkeit gekommen. Nur die Hamborner Volkszeitung, ein Zentrumsblatt, wußte zu berichten, daß die unmittelbare Veranlassung die "nicht wiederzugebende Behandlung" durch einen neuen Beamten gewesen sei. Schon vor Jahresfrist war es zu einer kurzen Arbeitsniederlegung gekommen, in dessen hatte man diese zu vertuschen gesucht. Nach Lage der Sache werden die Streikenden aber wohl sehr dringende Gründe gehabt haben. Um diesjährigen Streik waren beteiligt 76 Lokomotivführer, 6 Heizer und 282 Rangiermeister und Rangierer. Es wurden ihnen sofort die Werkwohnungen zugeordnet durch den Beigeordneten Wülbers und den Zentrumsbeigeordneten Sauermann. Erst sollten die Ausständigen ins Joch zurückkehren, dann sollte man ihnen erlauben, ihre Beschwerden anzubringen. Selbstverständlich konnte der Kampf auch diesmal nicht lange dauern. Schon am Abend des 3. März meldete sich ein Teil der Ausständigen zur Nachsicht und die übrigen, etwa 270 Mann, wurden am folgenden Tage aufgefordert, ihre Entlassungspapiere in Empfang zu nehmen. Außerdem wurde ihnen wegen Kontraktbruchs ein Wochenlohn in Höhe von 27 bis 36 M. abgezogen. Von den älteren Lokomotivführern, die zum Teil 18 bis 20 Jahre im Dienst waren, wurde keiner wieder eingestellt. Nur noch etwa 70 Mann fanden die "Gnade", unmittelbar nach der Entlassung doch wieder eingestellt zu werden.

Die Firma Thyssen gilt als sehr fromm. Ihr Chef ist bekannt als Kirchenerbauer und Inhaber eines päpstlichen Ordens. Die Arbeiter der frommen Firma, die sich bisher noch um überwindlichen Teil von der Organisation ferngehalten haben, werden sich über die Behandlung dieses Streiks jedenfalls ihre besonderen Gedanken machen.

Die christlichen Führer in der Klemme.

Es wird uns geschrieben: Sehr unangenehm empfinden es die Führer vom Zentrumsmetallarbeiterverband, daß der von ihnen betriebene organisierte Streik durch bekannt geworden ist. Sie hatten gedacht, daß von diesem ihren Gewerbe die Öffentlichkeit nichts erfahren würde. Mit kämpferischen Anstrengungen und den wunderbarsten Kapriolen versuchen sie die Öffentlichkeit zu täuschen, doch will ihnen dies nicht gelingen. Aus allen Artikeln und Flugblättern, die sie schreiben, kommt ihre Verlegenheit zum Ausdruck. Sie versuchen, die Sache auf ein anderes Gebiet zu schieben, indem sie behaupten, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband ihnen in Wendener Kampfe Schwierigkeiten bereite. Ja, Herr Franz Wiedner hat in Wendener in einer Versammlung gesagt: "Die roten Verbände warten nur auf den Zusammenbruch des Kampfes in Wendener, um dann selber Ruß fressen zu können."

Wieder denkt wohl, wie wären genau solche Schönen des Schlachtfeldes wie die Christenführer? Dann hat er sich aber gewaltig geküßelt. Denn uns stehen die Wendener Arbeiter doch näher als die Unternehmer, wenn nun auch die Arbeiter in der "christlichen" Organisation sind. Wir würden es bedauern, wenn die Wendener Arbeiter vergeblich die langen Wochen gekämpft haben sollten, denn die Verhältnisse im Sauerland sind wirklich verbesserungsbedürftig, auch ist es entschieden zu beurteilen, daß die Unternehmer wegen den Differenzen bei ihrer Firma die Arbeiter ausgeperert haben.

Also, ihr wahrheitsliebenden Christenführer, euch gilt der Kampf, da ihr an den Arbeiterinteressen geküßelt habt, nicht aber den sich im schweren Kampf befindlichen Arbeitern in Wendener.

Allerdings kann man nicht schlechter von anderen denken, als man selbst ist! — Das könnte man diesen "Führer" der Arbeiterbewegung zurufen. Wir erinnern nur an den W i t t e r, der einst während des Kampfes der Kleinern in Danzig an seine Vertrauensmänner schrieb, daß wahrscheinlich der Streik verloren gehen und dann durch die entstehende Unzufriedenheit der christliche Verband etwas erben würde.

Der Bezirksleiter Engel wollte doch auch vor einigen Jahren einen eventuellen Streik der Kleinern in Bochum durch Abfertigung von Streikbrechern kaputt machen. In Dortmund schloß man von christlicher Seite, obwohl nur zwei oder drei christlich organisierte Kleinern vorhanden waren, während der Bewegung mit den Kleinern einen Tarif ab. In Stuttgart versuchte man, durch Abfertigung von Arbeitswilligen den Streik der Bauhofsler zu brechen. Da sind die freien Gewerkschaftler doch bessere Christen, wie die christlichen Führer.

Der den Christenführern nachgewiesene organisierte Streikbruch in den einzelnen Orten wird von ihnen abgestritten. Wir wollen aber nochmals feststellen, daß die christlichen Führer in Ludwigsburg, Feuerbach, Gilden, Carlseid und Bremen Arbeitswillige vermittelt haben und dies zu einer Zeit, wo ihre eigenen Mitglieder in Wendener im Kampfe standen, und selbst ihren Streikenden zumuteten, Streikbrecher zu spielen.

Wollen uns die Christenführer nicht Antwort auf folgende Frage geben: Hat man sich nicht an Unternehmer gewandt, wo Differenzen im Anzuge waren, um ihnen im Notfall christlich organisierte Arbeiter zu liefern? Haben ferner die Christenführer nicht bei dem großen Kampf in Hannover 1912 hinter dem Rücken der anderen Organisationen verhandelt? Dies ist später selbst von den Unternehmern bestätigt worden. Und welche eine traurige Rolle spielten die Christlichen jetzt wieder bei der Bewegung auf der Rheinischen Metallwarenfabrik? Das reicht auch verteuert stark nach Arbeiterverrat.

In Nr. 9 des schwarzen Metallarbeiter-Organs heißt man sich auch an unsern Kollegen Spiegel fest. Fuchsteufelswilt ist man, weil Spiegel in verschiedenen Versammlungen das arbeiterschädigende Verhalten der "christlichen" Führer beleuchtete. Nun, die schwarzen Demagogen mögen es sich merken, daß Spiegel sie ganz genau kennt, er war in der dunklen Geburtsstunde feinerer Augen, als das christliche Verbändchen das Licht der Welt erblickte. Franz Wiedner stand ja als Laterne neben Dr. S i g e mit der Kerze in der Hand, dies war ja auch das einzige Licht in all der Dunkelheit. Deshalb sind wohl auch die Laternen dieser Organisation so dunkel und müssen das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Kollege Spiegel ist den Christenführern sehr verhaßt, weil er sie kennt und sie mehr als einmal auf ihre Hosen geklopft hat. Er wird dies auch in Zukunft tun, wenn die christlichen Führer es verdienen, selbst wenn sie noch so viel Jammer und zeteren. So schlechte Witze die Christenführer in Nr. 9 ihres Blattes gemacht haben, genau so schlecht haben sie bis jetzt die Sache der Arbeiter vertreten.

Wie "Christen" schwindeln.

Wiederholt haben die "christlichen" Führer Gengler und andere die Behauptung aufgestellt, daß Streikende und Frauen von Streikenden während des Streiks bei der Firma "Sanitaria" in Ludwigsburg von der Firma S e i m a r b e i t erhalten und um solche ersucht hätten. Am 16. Januar wurde Gengler aufgefordert, seine Behauptungen zu beweisen. Am 3. März wurde die Aufforderung wiederholt und zugleich behauptet, daß er und die Firma lügen, wenn sie die von ihnen behaupteten Vorkommnisse nicht wahrheitsgemäß belegen.

Am 3. März brachte endlich Gengler in dem Organ für Lebensmittelverwertung und Volksbildung — dem Deutschen Volksblatt — eine Notiz, in der er zu den alten Lügen neue hinzufügte. Er verteidigt sich, nachdem er die Streikenden vorher angepöbel hat, zu der erbärmlichen Ausrede: "Die Genossen sind keine Instanz, der Frage und Antwort zu sehen ist." So niedrig haben wir diese Gesellschaft wirklich noch nicht eingeschätzt. Erst Verleumdungen verbreiten, die an Niederträchtigkeit nicht mehr überboten werden können, und dann sich selbe damit ausgeben versuchen, daß man keine Antwort gebe, das ist bei einer solchen Gesellschaft "christlich". Zur gleichen Zeit, wo sich Gengler in Verleumdungen betätigt, aber damit zu retten versucht, daß er den Genossen keine Antwort gebe, schwindelte er auf neue ein vierseitiges Flugblatt zusammen, das den alten aufgewärmten Kohl enthält, der in den letzten Wochen schon wiederholt als Flugblatt gedruckt worden ist.

Die denkende Arbeiterschaft wird sich ihren Vers auf ein solches Verhalten machen. Nach außen hin die Grundsätze des Christentums als Notwendigkeit für die Organisation predigen und in Wirklichkeit Lüge auf Lüge, Verleumdung auf Verleumdung und Niedertracht auf Niedertracht häufen!

Ist etwas Gutes an diesen Dingen, dann ist es das: in Stuttgarter Industriegebiet ist hoffentlich für immer darüber Klarheit geschaffen, daß, wo immer auch Arbeiter ihre Lage besprechen, für solche Elemente wie Gengler und seine Hintermänner der Zimmermann ein Loch gelassen hat.

Christliche Charaktere.

In Wori und Schrift werden vom "christlichen" Metallarbeiterverband fortgesetzt Verleumdungen und Beschmutzungen aller Art gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband und dessen Führer hinausgetragen und die Metallarbeiter aufgefordert, sich abzuwenden von Leuten, deren Schandwert nur aus schmüger Lüge und Verleumdung bestehe. An den so viel geklärteren Deutschen Metallarbeiter-Verband hat nun der "christliche" Metallarbeiterverband in Stuttgart das Verlangen gestellt, bei der durch Tarifstärkung erforderlichen Bewegung im S c h l o s s e r g e w e r b e gemeinsam mit dem "christlichen" Verband vorzugehen. Dieses Verlangen wurde vom Deutschen Metallarbeiter-Verband abgelehnt durch folgende Antwort:

"An die Verwaltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Kernesstraße 39. Zu Ihrem Schreiben vom 12. dieses Monats haben unsere Mitglieder in den Hauschlofferwerkstätten in der Versammlung am 14. März Stellung genommen und Ihre Anerbieten einmütig abgelehnt. Eine eingehende Begründung zu diesem Beschluß werden wir nicht zu geben brauchen. Ihre und Ansehen unserer Organisation gebietet, gemeinsames Vorgehen mit einer Organisation abzulehnen, deren Angestellte und Funktionäre sich bei jeder Gelegenheit bereit finden, den Deutschen Metallarbeiter-Verband und seine Führer herunterzureißen, durch andere Vorgänge der Arbeiterbewegung den schwersten Schaden zuzufügen. (Unterchrift.)"

Möglichst konnten die "Christlichen" ihren Charakter nicht offenbaren. Nur sie allein wollen sonst die seltsamsten und erfolg versprechende Organisation sein, die freien Gewerkschaften leisten nach ihren Darlegungen nichts für die Arbeiterkraft. Einen Schmutz-Wibel nach dem andern gießen sie aus über die freien Gewerkschaften und ihre Führer. Sollen sie praktisch etwas leisten, dann sind die christlichen Gewerkschaften aber ohnmächtig. Im vorliegenden Fall wären die so verhöhmten Notizen wieder gut genug, auch den Christlichen zu Erfolgen zu verhelfen, allein sind sie dazu nicht imstande. Kein Wunder würde ein Stück Brot nehmen von Gewerkschaftsber-

tretern, die bereit wären, mit den Christlichen Vertretern zusammenzuarbeiten, nachdem sie vorher von denselben Leuten in der gemäßigten Welt angepöbel wurden. In Stuttgart mag ein Duzend christlich organisierter Hauschloffer bei den Schlossermestern beschäftigt sein; diese würden alle besser beraten sein, dem "christlichen" Metallarbeiterverband den Rücken zu kehren und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen.

Aufens.

Anlässlich des Werstarbeiterkampfes im Jahre 1910 wurden die Former Friedrich Johann Peter Wauz, geb. 18. Februar 1882 zu Ketschen, einget. 27. September 1904, Buchnr. 674 670, und der Former Anton Umbach, die damals in Ditsen arbeiteten, wegen Streikvergehens zu Gefängnisstrafen verurteilt. Der Belastungszeuge, auf dessen Aussage hin die beiden verurteilt wurden, s i t z t jetzt in Untersuchungshaft wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Vorspiegelung falscher Tatsachen. Außerdem ist er, wie aus den Strafakten hervorgeht, schon mehrfach wegen ähnlicher Straftaten vorbestraft. Dieser Zeuge hat brieflich das Geständnis gemacht, daß er von der Firma beauftragt worden sei, gegen die beiden genannten Kollegen auszusagen. Es besteht also die Möglichkeit, daß diese in einem Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen werden. Darum ergeht an die beiden Kollegen, sowie ferner an sämtliche Ortsverwaltungen u. s. w. die dringende Aufforderung, die Adressen der beiden an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Hamm 1, B f e u e n d e r h o f 57, einzufrieden. Ueber den Kollegen Umbach können leider keine weiteren Angaben gemacht werden.

Vom Ausland.

Österreich.

Wir hatten schon wiederholt Gelegenheit, darauf zu verweisen, daß die Unternehmer seit langem ihre Vorbereitungen treffen, um im Jahre 1913 den Gewerkschaften eine Schlacht zu liefern. Mit klugem Vorbedacht wurde es von ihnen so eingerichtet, daß eine große Anzahl Tarifverträge gleichzeitig zum Ablauf kommen. Der gleichzeitige Ablauf vieler Tarifverträge sollte die Aktionskraft der Gewerkschaften lähmen, weil diese, auf mehreren Seiten engagiert, dann weniger widerstandsfähig sein würden. Die Massenhaftigkeit der Lohnbewegungen sollte die Gewerkschaften erschüttern! Dieser Plan der Unternehmer ist nun noch dadurch ausföhrlicher geworden, daß untermüt eine schwere Krise über die österreichische Industrie hereinbrach. Die traurigen auswärtigen Verhältnisse des Reiches haben auf das schwerste seine Industrie beeinträchtigt und zur scharfen Krise geführt. Die österreichischen Gewerkschaften hatten unter solchen Verhältnissen allen Grund, den in diesen fünf-jährigen kommenden Dingen mit einiger Besorgnis entgegenzusehen. Aber schon jetzt kann man sagen, daß die Rechnung der Unternehmer ein beträchtliches Loch hat. Die Gewerkschaften erweisen sich auch in dieser schweren Zeit als kräftig genug, den Unternehmerorganisationen erfolgreich entgegenzutreten. Während zuerst viele Unternehmer auf dem Standpunkt standen, mit den Gewerkschaften überhaupt keinen neuen Vertrag abzuschließen und daß erst der Kampf entschieden sollte, wer der Stärkere sei, haben bereits sehr wichtige Unternehmerrgruppen in den lauren April beiseite müssen und sich zum Abschluß von Kollektivverträgen bequemt. So ist für das Wiener Tischlergewerbe, in dem es schon wiederholt zu großen und ungemein erbitterten Kämpfen gekommen war, diesmal ein Vertrag abgeschlossen worden, ohne daß ein Streik nötig wurde. Dieser Vertrag brachte den Arbeitern einige wesentliche Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Schachmacher waren wollten ob dieses Vertragschlusses und beschimpften ihre Kollegen aus dem Tischlergewerbe, weil diese vorzeitig nachgegeben hätten. "Die erste Schlacht in diesem Jahre sei verloren", so jammerte ein führendes Organ der Schachmacher. Die Vorwürfe und Klagen halfen den Unternehmern jedoch nichts und halb mußte sich eine neue Gruppe zum Vertragsabschluß bequemen. Im Wiener Z i m m e r g e w e r b e wurde ein Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern sogar ganz beträchtliche Vorteile brachte. Eine verhältnismäßig ansehnliche Lohnerhöhung wurde erzielt und auch sonst eine Verbesserung des Arbeitsverhältnisses herbeigeführt.

Schwerer als der Abschluß der Tischler- und Zimmererträge dürfte sich der Abschluß von Kollektivverträgen im S a u g e r g e w e r b e und ebenso in der Wiener Metall- und Maschinenindustrie gestalten. Am 1. März dieses Jahres sind in der Metall- und Maschinenindustrie, im Schlossergewerbe, im Schlangergewerbe, ferner für die Maurer, die Bauhilfsarbeiter, die S t u t t e u r e, die Anstreicher, die Biegelarbeiter ein großer Teil der bisher geltenden Verträge abgelaufen, ohne daß es gelungen ist, einen neuen Abschluß zu erzielen. Für alle diese Gewerbe ist nun der vertraglose Zustand eingetreten.

In der Wiener Metall- und Maschinenindustrie und dem S e l b g i e r g e w e r b e spiken sich die Verhältnisse zu, so daß ein Konflikt in immer drohendere Nähe rückt. Die durch den vertraglosen Zustand herbeigeführte Erregung wird noch gesteigert durch das provokatorische Verhalten der Unternehmer und der ihnen ergebenden Betriebsbeamten. Gerade die jetzige so gespannte Zeit wird von ihnen benützt, um Vertrauensmänner zu maßregeln, Lohnpreise zu revidieren und den Arbeitern mit Überbrungsplänen zu drohen, die angeblich vom Wiener Industrie-Verband bereits beschlossen seien.

Der Metallarbeiterverband hatte für Montag den 3. März eine Versammlung der Hauptvertrauensmänner der für den Abschluß eines Tarifvertrages in Betracht kommenden Betriebe einberufen. Diese Versammlung hat sich mit den letzten Vorbereitungen zur Ausfertigung und der in der vertraglosen Zeit einzuschlagenden Taktik beschäftigt und darauf bezugnehmende Beschlüsse gefaßt. Die Hauptvertrauensmänner haben es entschieden abgelehnt, auf einen fünfjährigen Vertrag einzugehen, wie es die Unternehmer gerne gesehen hätten. Auch von einem vierjährigen Vertrag könne nur die Rede sein, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verbesserung der Minimallohne, eine Feuerungszulage und eine solche in zwei Jahren in entsprechender Höhe im Vertrag vorgesehen würden. Wenn die Unternehmer nicht Vernunft annehmen, ist ein schwerer Konflikt unausweichlich, denn die Arbeiter sind durch das feste Anwachsen der Feuerung gezwungen, auf die Erfüllung der Forderungen zu bestehen, die geeignet erscheinen, wenigstens einer Verschlechterung ihrer Lebenshaltung vorzubeugen.

Auch im Wiener S c h l o s s e r g e w e r b e war bisher eine Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern nicht zu erzielen, trotzdem bereits zweimal eine Verhandlung mit der Unternehmervereinigung stattfand. Das Entgegenkommen der Meister wurde von den Vertretern der Arbeiter als viel zu gering bezeichnet, um einen Vertragsabschluß zu ermöglichen. Vorläufig besteht überhaupt kein Vertrag, da der frühere Vertrag am 1. März abgelaufen ist.

Am 1. April dieses Jahres läuft der Vertrag der Wiener G a s - und Wasserleitungsinstallateure ab. Er ist bis jetzt noch nicht erneuert worden. Die Meister haben erklärt, überhaupt keinen Tarifvertrag mehr abzuschließen zu wollen, weil sie angeblich dadurch zu große Verpflichtungen übernehmen müßten, ohne dafür eine Garantie der Arbeiter zu haben, daß ihrerseits der Vertrag eingehalten werde. Zwar ist während der ganzen vier-jährigen Dauer des letzten Vertrages über keinen einzigen Fall von Vertragsuntreue der Arbeiter Klage geführt worden, was aber die Meister nicht hindert, sich zu stellen, als ob nur die Besorgnis vor Vertragsbrüchen sie hindert, einen Vertrag abzuschließen. In Wirklichkeit scheinen die Meister es wieder einmal mit einer vertragslosen Zeit probieren zu wollen, die die Arbeiter — die diesen Beschluß herbeigeführt haben — gegenüber den gewöhnlichen Unternehmern in einigen Vorteil setzt. Die Meister werden ja selbst bald

